

Gerß, Wolfgang

Working Paper

Nutzung von Daten der historischen Statistik in Lehrforschungsprojekten

Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung, No. 3/2004

Provided in Cooperation with:

Institute of Sociology (IfS), University of Duisburg-Essen

Suggested Citation: Gerß, Wolfgang (2004) : Nutzung von Daten der historischen Statistik in Lehrforschungsprojekten, Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung, No. 3/2004, Universität Duisburg-Essen, Institut für Soziologie, Duisburg

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/121822>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

**DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN
FORSCHUNG**

No. 3/2004

**Nutzung von Daten der historischen Statistik
in Lehrforschungsprojekten**

von
Wolfgang Gerß

Herausgeber der „Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung“ ist das Institut für Soziologie.
Kontaktadresse:

Universität Duisburg-Essen
Standort Duisburg
Fakultät für Gesellschaftswissenschaften
Institut für Soziologie
e-mail: sigurd.matz@uni-duisburg.de
Lotharstraße 65
D – 47048 Duisburg

Ein Verzeichnis aller bisher erschienenen Beiträge befindet sich im Anhang.
ISSN 0949-8516 (Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung)

Inhaltsverzeichnis:

Vorbemerkungen	3
1. Anforderungen der Prüfungsordnungen	3
2. Quellen historischer Daten	5
3. Ablauf der Forschungsarbeit	9
4. Methoden der Datenproduktion	12
5. Untersuchte Gebiete im Rheinland	19
6. Bezugszeit der Querschnittsbetrachtungen	20
7. Die frühe Kaiserzeit	24
8. Die späte Kaiserzeit	30
9. Die Zeit der Weimarer Republik	35
10. Erfahrungen aus der Projektbearbeitung	38
Literaturverzeichnis	46

Vorbemerkungen

Dieser Bericht behandelt ein Lehrforschungsprojekt zum Thema „Leben in Deutschland im Spiegel der historischen Statistik“, das in vier einsemestrigen Teilabschnitten vom Wintersemester 2001/02 bis zum Sommersemester 2003 durchgeführt wurde. Beteiligt waren insgesamt 54 Studenten und Studentinnen aus dem Diplomstudiengang Sozialwissenschaften der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg sowie dem Magisterstudiengang Soziologie und dem Bachelorstudiengang Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Das Forschungsprojekt hatte das Ziel, die vor allem im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf lagernden umfangreichen Sammlungen historischer Daten, die bis auf die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückreichen, für sozialwissenschaftliche Analysen bequemer verfügbar zu machen. Dazu waren die Datenbestände zunächst zu sichten, zu ordnen und zu beschreiben. Anschließend wurden beispielhaft ausgewählte Daten anschaulich präsentiert, um soziale, demographische und wirtschaftliche Verhältnisse querschnittsartig zu jeweils einer bestimmten Zeit darzustellen. Im Rahmen des Gesamtprojekts hatte jeder Teilnehmer zu einem bestimmten Teilthema aufgrund eigener Recherchen ein Referat zu halten und dazu eine schriftliche Ausarbeitung anzufertigen. Diese Ausarbeitungen bildeten die Grundlage für die abschließende Bearbeitung und Berichterstattung durch ein Redaktionsteam. Dessen Aufgabe bestand grundsätzlich nicht darin, die Methoden der einzelnen Statistiken vollständig zu beschreiben und das „Leben in Deutschland“ in bestimmten Epochen vollständig zu dokumentieren. Vielmehr sollte vor allem dargestellt und beurteilt werden, wie die Autoren der einzelnen Ausarbeitungen mit ihrem Thema umgegangen sind. In diesem Sinne ist der Abschlussbericht mehr didaktisch als historisch. Er soll aufzeigen, ob und wie derartige Forschungsprojekte für Lehrzwecke geeignet sind. Von den zehn Kapiteln des Berichts wurden drei (die Kapitel 4, 7 und 8) von Mitgliedern des Redaktionsteams verfasst.

An den einzelnen Phasen des Projektes waren die folgenden Studentinnen und Studenten beteiligt (die Mitglieder des Redaktionsteams sind mit * gekennzeichnet):

Drita Alili, Deniz Alkan, Sandra Arntzen, Monika Juliane Bähr, Christine Borowsky, Frank Bremer*, Kadriye Colak, Anke Dahlhoff*, Jan Dochan, Patrick Dunkelmann, Sabrina Engel, Elke Engels*, Gesa Evers, Jan Finsel, Heike Glasmacher, Thomas Hartmann, Lars Heilsberger, Judith Hoffmann, Rasmus Ibing, Nadine Junghenn, Kurara Kasuya, Inga Klein, Valeska Kraft, Constanze Laufer, Katrin Leidamik, Thomas Loch, Editha Loeffelholz v.Colberg, Samir Mujkanovic, Stefan Müller, Thorsten Müller, Massamba Sassoum Ndiaye*, Klaas Neddermeyer, Bettina Peters, Annika Probst, David Rahn, Philipp Reimann, Irin Rodatz, Jennifer Alice Ross, Jimena Salloch, Sonja Scharrer, Annika Schell, Daniela Schmidt, Jendrik Scholz, Jörg Schwobe, Nils-Eric Sellmann, Ingo Stader, Jorge Steffen*, Nadine Stiller, Christian Tysl, Björn Ulrich, Dina Vickermann, Ramona Völkl, Isabel Wagner, Esther Werth

1. Anforderungen der Prüfungsordnungen

Im Folgenden werden die einschlägigen Bestimmungen über Lehrforschungsprojekte, die für die beteiligten Studiengänge gelten, wörtlich zitiert. Die eckigen Klammern enthalten ergänzende und kommentierende Anmerkungen.

Für die Universität Duisburg gilt die „Diplomprüfungsordnung für den integrierten Studiengang Sozialwissenschaften an der Gerhard-Mercator-Universität-Gesamthochschule Duisburg“ vom 25.01.1996 (Datum der Veröffentlichung):

„Im Hauptstudium werden gefordert.... in der Studienrichtung Soziale Arbeit und Erziehung (Diplomstudiengang I) mit [oder ohne] Sozialwissenschaftlichem Studienschwerpunkt, in der Studienrichtung Politikwissenschaft (Diplomstudiengang II) [nur] mit Sozialwissenschaftlichem Studienschwerpunkt ... [und] in der Studienrichtung Soziologie (Diplomstudiengang II) [nur] mit Sozialwissenschaftlichem Studienschwerpunkt... [u.a. ein] benoteter Leistungsnachweis ... in einem Lehrforschungsprojekt des gewählten Sozialwissenschaftlichen Studienschwerpunkts...“ (§19). Die „ Studienordnung für den integrierten Studiengang Sozialwissenschaften an der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg“ vom 22.03.2002 (Datum der Veröffentlichung) führt erläuternd aus:

„ ... Das Lehrforschungsprojekt zielt wesentlich auf die Vertiefung und Anwendung des theoretischen wie methodischen Wissens. Es umfasst sechs Semesterwochenstunden, die in der Regel auf zwei Semester aufgeteilt sind. Für Studierende der Studienrichtung Soziale Arbeit und Erziehung ist die Teilnahme am Lehrforschungsprojekt verbindlich, für Studierende der Studienrichtungen Politikwissenschaft und Soziologie nur bei Wahl eines Sozialwissenschaftlichen Studienschwerpunktes. Lehrforschungsprojekte werden in der Regel nur in Sozialwissenschaftlichen Studienschwerpunkten angeboten...“ (§6). Diese Duisburger Regelungen bedeuten eine Verschärfung der früheren Prüfungsordnung aus dem Jahr 1977, nach der über die Mitarbeit an dem Forschungsprojekt eine nur unbenotete Bescheinigung ausgestellt wurde, wenn die Studierenden innerhalb der nach der Studienordnung vorgesehenen Zeitgrenze teilgenommen und zur Realisierung des jeweiligen Projekts beigetragen haben.

Für den Magisterstudiengang der Universität Düsseldorf gilt die „Ordnung für die Prüfung zur Magistra Artium oder zum Magister Artium der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf“ vom 19.03.1998 (Datum der Veröffentlichung). Dabei sind besondere Bestimmungen für das Fach Soziologie nur in der Anlage 18 und nur stichwortartig aufgeführt: „Soziologie als Hauptfach ... Leistungsnachweis im Hauptstudium: empirisches Forschungspraktikum ...“ Nähere Ausführungen zu dem als „empirisches Forschungspraktikum“ bezeichneten Lehrforschungsprojekt enthält die „Studienordnung für den Studiengang Soziologie als Hauptfach im Magisterstudium an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf“ vom 21.07.1998 (Datum der Veröffentlichung):

„Das ordnungsgemäße Studium setzt Studien und Studienleistungen im Rahmen der Themenbereiche I, II und III voraus. ... Themenbereich III : ... [u.a.] Empirisches Forschungspraktikum ... “ (§6). „... In ... empirischen Forschungspraktika erlernen die Studierenden, in Zusammenarbeit mit anderen ein wissenschaftliches Projekt durchzuführen ... “ (§7). „Leistungsnachweise bescheinigen die erfolgreiche Teilnahme an einer Lehrveranstaltung ... auf der Grundlage einer individuellen Studienleistung. Diese kann in einem Referat (Seminarvortrag mit schriftlicher Ausarbeitung), einer Hausarbeit, einer Klausur oder einer mündlichen Prüfung bestehen...“ (§8). [Für das empirische Forschungspraktikum erfolgt der Leistungsnachweis durch einen Seminarvortrag mit schriftlicher Ausarbeitung.] „ ... Im Hauptstudium sind zwei Leistungsnachweise zu erwerben, [darunter] ein Leistungsnachweis im empirischen Forschungspraktikum ... Im Pflichtbereich [des Hauptstudiums] entfallen ... auf die ... Veranstaltungen ... Empirisches Forschungspraktikum I und II acht Semesterwochenstunden ...“ (§12). Im Anhang der Düsseldorfer Magister-Studienordnung wird als Teil des Studienplans Soziologie empfohlen: Hauptstudium, 5. Semester, Empirisches Forschungspraktikum I (Pflichtveranstaltung), 4 Semesterwochenstunden; Hauptstudium, 6.Semester, Empirisches Forschungspraktikum II (Pflichtveranstaltung), 4 Semesterwochenstunden.

Für den Bachelorstudiengang der Universität Düsseldorf gilt die „Ordnung für die Prüfung im Studiengang Sozialwissenschaften mit dem Abschluss Bachelor of Arts der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf“ vom 1. Oktober 1999 (Datum des Inkrafttretens): „ Im Studium müssen sich die Studierenden ... an Pflicht- und Wahlpflichtveranstaltungen regelmäßig und aktiv beteiligen Die regelmäßige und aktive Beteiligung ... wird durch einen Beteiligungsnachweis (BN) bescheinigt. Beteiligungsnachweise bescheinigen die regelmäßige und aktive Beteiligung an einer Lehrveranstaltung aufgrund des regelmäßigen Besuchs der Lehrveranstaltung und einer dokumentierten Einzelaktivität Beteiligungsnachweise werden nicht benotet. Abschlussprüfungen zu Lehrveranstaltungen gemäß den Bestimmungen der §§12 und 13 gelten in der Regel als dokumentierte Einzelaktivitäten ...“ (§10). [Beteiligungsnachweise müssen für die in der Prüfungsordnung aufgelisteten Pflicht- und Wahlpflichtveranstaltungen erworben werden, unter anderem für ein Lehrforschungsprojekt.] „ Die studienbegleitenden Abschlussprüfungen (AP) der Bachelorprüfung bestehen aus Abschlussprüfungen zu Lehrveranstaltungen ... sowie aus einer Bachelorarbeit ...“ (§12). [Abschlussprüfungen müssen für die in der Prüfungsordnung aufgelisteten Pflicht- und Wahlpflichtveranstaltungen abgelegt werden, unter anderem für ein Lehrforschungsprojekt.] „Abschlussprüfungen zu Lehrveranstaltungen erfolgen als Klausur, in Form einer mündlichen Prüfung, durch Studienarbeit, Hausarbeit oder Projektarbeit mit individuell zurechenbarer Prüfungsleistung ... [Die Prüfung für das Lehrforschungsprojekt erfolgt durch eine Projektarbeit.] ... Eine Projektarbeit besteht aus der Anwendung empirischer oder statistischer Methoden auf ein Problem aus dem Stoffgebiet einer Lehrveranstaltung sowie der mündlichen Präsentation und ... schriftlichen Ausarbeitung der Ergebnisse. ... Die Dauer der mündlichen Präsentation beträgt mindestens 15 und höchstens 30 Minuten. Der Umfang der schriftlichen Ausarbeitung beträgt mindestens 2500 Wörter (ca. 5 Seiten) und höchstens 7500 Wörter (ca.15 Seiten). Dieser Umfang darf bei der Darstellung von Tabellen überschritten werden. ... Projektarbeiten können auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die [o.a.] Anforderungen ... erfüllt.“ (§13). „ ... Die Gesamtnote der Bachelorprüfung errechnet sich als gewichtetes arithmetisches Mittel aus den Noten aller Abschlussprüfungen. Dabei [wird] ... das Lehrforschungsprojekt ... dreifach gewichtet. ...“ (§16).

2. Quellen historischer Daten

Als „historisch“ gilt für das hier beschriebene Forschungsprojekt die Zeit vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Jahr 1945. Dieser Zeitraum reicht von der Gründung der ersten statistischen Behörden in den deutschen Ländern – beginnend mit Preußen im Jahr 1805 – bis zur Auflösung des Statistischen Reichsamtes. Als Datenquellen werden nur Publikationen der amtlichen Statistik verwendet. Die Träger des für das Forschungsprojekt herangezogenen Teils der amtlichen Statistik sind auf Länderebene das „Königlich Preussische Statistische Bureau“, das später die Bezeichnungen „ Königlich Preussisches Statistisches Landesamt“ und – nach dem Ersten Weltkrieg – „Preußisches Statistisches Landesamt“ erhielt, sowie auf Reichsebene das 1872 eingerichtete „Kaiserliche Statistische Amt“, das nach dem Ersten Weltkrieg in „Statistisches Reichsamt“ umbenannt wurde.

Generell sind die historischen Veröffentlichungsreihen nicht thematisch gegliedert – wie die Publikationen des Statistischen Bundesamtes und der statistischen Landesämter heute – ,sondern nach dem Erscheinungsdatum der einzelnen Bände fortlaufend nummeriert. Die Übersicht wird dadurch behindert, dass man weder aus der Bezeichnung einer Veröffentlichungsreihe noch aus der laufenden Nummer auf den Inhalt schließen kann. Da außerdem die insgesamt 26 deutschen Länder (vom größten Land Preußen bis zum kleinsten Land Schaumburg-Lippe) ihre statistischen Veröffentlichungen unabhängig voneinander und vom Deutschen Reich gestaltet, wird die Suche nach bestimmten Daten sehr aufwändig. Als Orientierungshilfe liegt ein Quellennachweis der von den statistischen Behörden des Deutschen Reichs und aller deutschen Länder herausgegebenen Veröffentlichungen vor, allerdings beschränkt auf die Gemeindeergebnisse der Volkszählungen. (Statistisches Reichsamt 1935). Der Themenstellung des hier beschriebenen Forschungsprojekts entsprechend sind als Datenquellen nur die statistischen Ämter des Reichs und des Landes Preußen relevant. Der Erscheinungsort sämtlicher verwendeten historischen Veröffentlichungsreihen ist somit Berlin.

In den Jahren 1818 bis 1839 erschienen einzelne unregelmäßige Veröffentlichungen des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus, die zu uneinheitlich sind, um als Reihe bezeichnet werden zu können. Die erste „Uebersicht der Bodenfläche und Bevölkerung des preußischen Staats – Aus den für das Jahr 1817 aemtlich eingezogenen Nachrichten“ ist ein 58 seitiger Text mit eingebauten tabellarischen Übersichten. Da es keinen eigenständigen Tabellenteil gibt und weder eine Kapitelgliederung noch ein Inhaltsverzeichnis oder ein Schlagwortregister vorhanden sind, muss der ganze Text gelesen werden, um festzustellen, ob und wo bestimmte Daten angegeben sind. Die Daten in den verstreuten Tabellen beziehen sich grundsätzlich auf den Staat Preußen insgesamt, zum Teil aber auch auf die Regierungsbezirke und hinsichtlich der Einwohnerzahl auf einzelne Städte bzw. Stadtkreise. Die für Regierungsbezirke berichteten Merkmale sind die Fläche (in „geographischen Quadratmeilen“ und in „preußischen Morgen“), die „Volkszähl“ nach Religionszugehörigkeit und die Anzahl der Geborenen (gesondert die unehelich Geborenen), der Gestorbenen und der „getrauten Paare“. Im Jahr 1821 erschien aufgrund einer „polizeilichen Zählung“ zum Erhebungstichtag Ende 1819 ein Band „Beiträge zur Statistik des preußischen Staats – Aus ämtlichen Nachrichten von dem statistischen Bureau zu Berlin bearbeitet und herausgegeben“. Neben dem schwer zu überblickenden Textteil gibt es hier eine nach Regierungsbezirken, Kreisen und größeren Städten gegliederte übersichtliche Tabelle mit Angaben über die Fläche, die Einwohnerzahl, die Anzahl der Privatwohnhäuser und den nach den wichtigsten Nutztierarten unterschiedenen Viehbestand. Dieselben Merkmale – außer der Gebäudezahl – werden für einzelne Kreise und Städte in dem im Jahr 1833 erschienenen Band „Neueste Uebersicht der Bodenfläche, der Bevölkerung und des Viehstandes der einzelnen Kreise des preußischen Staats – Nach den zu Ende des Jahres 1831 ämtlich aufgenommenen Verzeichnissen herausgegeben vom Direktor des statistischen Bureaus zu Berlin“ nachgewiesen. In ähnlichem Stil als textliche Datendarstellung und -interpretation ohne Kapitelgliederung, aber nun auf 222 Seiten Umfang angewachsen und daher noch unübersichtlicher, erschien im Jahr 1839 der Band „Die Bevölkerung des preussischen Staats nach dem Ergebnisse der zu Ende des Jahres 1837 amtlich aufgenommenen Nachrichten in staatswirtschaftlicher, gewerblicher und sittlicher Beziehung dargestellt vom Direktor des statistischen Bureaus zu Berlin“. Ohne jede Verbindung zum Text ist diese Ausarbeitung eine Tabelle mit Angaben über die Fläche, die Einwohnerzahl und den Viehbestand in den Kreisen und Städten beigefügt.

Als erste praktikable Veröffentlichungsreihe mit einheitlichem Titel, ausführlichem Inhaltsverzeichnis, tendenziell harmonisiertem Aufbau und Inhalt der Tabellen und fester Periodizität sowie mit erheblich erweitertem Merkmalskatalog wurden „von dem statistischen Bureau zu Berlin“ in den Jahren 1851 bis 1860 „Tabellen und amtliche Nachrichten über den Preussischen Staat“ herausgegeben. Die Berichtsjahre sind 1849, 1852, 1855 und 1858. Über das Jahr 1849 wird in sechs Bänden berichtet. Daten über einzelne Kreise und Städte enthalten die Bände I (Gebäude, Einwohner nach Alter, Geschlecht und Religion, Familien, „in der Ehe Lebende“, Taubstumme, Blinde, Viehbestand), II (Geborene, Getraute und Gestorbene nach demographischen Merkmalen, Todesursachen, vielfältige Daten zum Schulwesen und zum Gesundheitswesen) und V (Gewerbetabelle mit Angaben über „mechanische Künstler und Handwerker“). Die Daten in den Bänden III (meteorologische Beobachtungen), IV (Berichte der Ministerien) und VI (Fabrikentabelle) sind nicht kleinräumig gegliedert. Über die Jahre 1852, 1855 und 1858 wird jeweils einbändig in weitgehend einheitlicher Form berichtet. Jeder Band enthält für Kreise und Städte eine Tabelle zur Einwohnerzahl, für Kreise eine Tabelle zum Einwohner- und Viehbestand und für Regierungsbezirke eine zusammenfassende sog. „statistische Tabelle“ sowie eine Tabelle „Wohnplätze“, eine Tabelle „Civil- und Militär-Bevölkerungsliste“, eine „Kirchen- und Schultabelle“ und eine Tabelle „Sanitätsanstalten“. In den Berichtsjahren 1855 und 1858 kommen für Regierungsbezirke noch eine Gewerbetabelle und eine Tabelle „Fabrikationsanstalten und Fabrikunternehmungen“ dazu.

Die späteren Veröffentlichungen des (Königlich) Preussischen Statistischen Bureaus/Landesamts wurden neu geordnet. In den Jahren 1861 bis 1934 erschienen von 1 bis 305 laufend durchnummerierte Hefte der Reihe „Preussische Statistik“. Die am häufigsten behandelten Themen sind : Bevölkerungsbewegung (60 Hefte), Landwirtschaft (58), Sterbefälle und Todesursachen (36), Schulen und Universitäten (24), Witterungserscheinungen (22), Heil- und Irrenanstalten (20), Preise von Verpflegungsmitteln (19), Viehzählung (15), Volkszählung und Volksbeschreibung (11), Industrie/Handel/Verkehr (10). Darüber hinaus werden die Themen Öffentliche Finanzen, Brände, Gewerbezahlung, Gebäude und Grundeigentum, Politische Wahlen und Berufszählung mehrfach behandelt. Neben den Heften der Preussischen Statistik gab das Statistische Landesamt zur Interpretation und Auswertung der Daten in den Jahren 1861 bis 1932 die Jahrgänge 1 bis 72 seiner Zeitschrift heraus. Um die zum Teil sehr ausführlichen und informativen, aber nicht systematisch geordneten Abhandlungen der „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts“ überblicken zu können, kann für die ersten fünf Jahrzehnte auf ein nach Stichworten des Inhalts und Verfassern alphabetisch geordnetes Register zurückgegriffen werden (Kühnert 1915). Für besonders umfangreiche Beiträge gibt es mehrere Ergänzungshefte zur Zeitschrift.

Als Vorläufer der Reichsstatistik gelten die Bände „ Statistische Uebersichten über Waaren-Verkehr und Zoll-Ertrag im Deutschen Zoll- Vereine“, die ab 1834 vom „Central-Büreau des Zoll-Vereins“ erstellt wurden. Eine weitere Veröffentlichung des Zollvereins sind die „Tabellen der Handwerker, der Fabriken, sowie der Handels- und Transportgewerbe im Zollvereine nach den Aufnahmen im Jahre 1861“. Mit der Gründung des Deutschen Reichs beginnt schließlich die eigentliche Reichsstatistik, deren Veröffentlichungen allmählich diejenigen des Statistischen Landesamtes nach Umfang und Vielfalt weit übertreffen. Als Orientierungshilfe hat das Statistische Reichsamts gegen Ende des Untersuchungszeitraums ein nach Publikationsformen und Sachgebieten gegliedertes, aber nicht alphabetisch sortiertes Quellenverzeichnis zur gesamten

Reichsstatistik zusammengestellt (Statistisches Reichsamt 1942). Die umfangreichste und im Allgemeinen wichtigste Datenquelle der historischen Statistik ist die vom Kaiserlichen Statistischen Amt bzw. vom Statistischen Reichsamt herausgegebene Veröffentlichungsreihe „Statistik des Deutschen Reichs“. In den Jahren 1873 bis 1883 erschienen die Bände 1 bis 63 der sog. „Ersten Reihe“. In den Jahren 1884 bis 1944 waren die Bände 1 bis 601 der „Neuen Folge“ vorgesehen, von denen jedoch 14 wegen des Zweiten Weltkrieges ungedruckt blieben. Eine vorliegende bibliographische Bearbeitung dieses Quellenwerks liefert thematisch gegliederte Hinweise zum Inhalt der Bände, allerdings ebenfalls ohne alphabetische Sortierung (Roeske 1985). Die insgesamt 650 existierenden Bände der Ersten Reihe und der Neuen Folge befassen sich am häufigsten mit den Themen: Schifffahrt (144 Bände), Außenhandel (100), Kriminalstatistik (54), Krankenversicherung (48), Berufszählung (40), Gewerbezahl (37), Zölle und Steuern (36), Land-, Forst- und Viehwirtschaft (31), Eisenbahngüterverkehr (20). Die wichtigsten weiteren mehrfach bearbeiteten Themen sind: Bevölkerungsbewegung, Streiks und Aussperrungen, Volkszählung, Tierseuchen, Politische Wahlen, Öffentliche Finanzen, Schulwesen, Kapitalgesellschaften, Öffentliche Armenpflege. Insbesondere für spezielle wirtschaftsstatistische Fragen gibt es aus den Jahren 1927 bis 1941 die Bände 1 bis 43 der „ Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs“. Sie behandeln in 18 Bänden betriebswirtschaftliche Grundlagen der Besteuerung, Steuerverteilung und Steuerkraft, in 13 Bänden Öffentliche Finanzen sowie in einzelnen Bänden unter anderem Konzerne, Banken, Kommunale Betriebe, Volkseinkommen und Lebenshaltungskosten. Textliche Darstellungen und Kommentierungen enthalten die – nicht nummerierten – „Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs“ aus den Jahren 1884 bis 1891 und die Jahrgänge 1 bis 52 der „Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs“ aus den Jahren 1892 bis 1943. Für umfangreichere Beiträge gibt es insgesamt 55 „Ergänzungshefte“ (1896 bis 1930) bzw. „Sonderhefte“ (1931 bis 1935) zu den Vierteljahrsheften. Die in den Ergänzungs- bzw. Sonderheften behandelten Themen sind sehr vielfältig und werden meist nur ein- oder zweimal bearbeitet. Häufigere Themen sind hier Aktiengesellschaften (15 Hefte), Reichstagswahlen (9), Land-, Forst- und Viehwirtschaft (7), Schifffahrt (6), Hochschulen und Schulen (5) und Steuern (3). Als weitere Themen kommen unter anderem Berufszählung, Beschäftigungslose Arbeitnehmer sowie Deutsche im Ausland und Ausländer in Deutschland vor. Nach dem Ersten Weltkrieg führte das Statistische Reichsamt die vom Statistischen Bundesamt bis heute fortgesetzte wissenschaftliche Monatszeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ ein, die mit den Jahrgängen 1 bis 24 in den Jahren 1921 bis 1944 erschien. Die Sonderhefte Nr. 1 bis 15 dieser Zeitschrift aus den Jahren 1925 bis 1935 enthalten ausführlichere Auswertungen zu den Themen Industrielle Produktion, Volks-, Berufs- und Betriebszählung, „Bevölkerungsproblem“, Zahlungsbilanz, Geldentwertung, Steuern und Öffentliche Finanzen. Als zusammenfassende allgemeine Datenquelle sind schließlich noch die von 1880 bis 1942 erschienenen Jahrgänge 1 bis 59 – einige Jahrgänge beziehen sich auf jeweils zwei Jahre – des „Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich“ zu erwähnen.

Die speziell die Arbeitnehmer betreffende Statistik nimmt in der Reichsstatistik eine organisatorische und publizistische Sonderstellung ein. Die längste Veröffentlichungsreihe ist hier das „Reichsarbeitsblatt“, das als „Erste Reihe“ mit den Jahrgängen 1 bis 18 aus den Jahren 1903 bis 1920 und als „Neue Folge“ mit den Jahrgängen 1 bis 25 – der erste Jahrgang bezieht sich auf zwei Jahre – aus den Jahren 1920 bis 1945 vorliegt. Zum Reichsarbeitsblatt gibt es die „Sonderhefte“ Nr. 1 bis 58 aus den Jahren 1909 bis 1933. Die Themen dieser Sonderhefte sind : Tarifverträge (17 Hefte), Arbeitsrecht und Arbeitsschutz (16), Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände (12),

Wirtschaftsrechnungen von Privathaushalten und Lebenshaltung (5), Sozialversicherung (3), Berufsberatung und -ausbildung (2), Frauenorganisationen (1), Wohnungsversorgung (1), Beschäftigte Arbeiter (1). Die ältesten Quellen aus diesem Themenbereich sind die als „Drucksachen der Kommission für Arbeiterstatistik“ in den Jahren 1893 bis 1902 veröffentlichten „Erhebungen Nr. 1 bis 11“. Sie behandeln Arbeitszeiten und andere Arbeitsverhältnisse – wie Kündigungsfristen, Lehrlingsverhältnisse, Gehaltsverhältnisse – in einigen ausgewählten Wirtschaftsbereichen. In den darauf folgenden Jahren 1903 bis 1912 erschienen als „Drucksachen des Kaiserlichen Statistischen Amtes – Abteilung für Arbeiterstatistik“ die Ergebnisse der „Erhebungen Nr.1 bis 9“ über Arbeitszeiten in verschiedenen Wirtschaftsbereichen sowie Arbeitsverhältnisse der Angestellten der Rechtsanwälte. Während die Drucksachen mit ihren reichhaltigen textlichen Ausführungen mehr den Charakter von Gutachten haben, sind die in den Jahren 1904 bis 1913 erschienenen Bände 1 bis 12 der „Beiträge zur Arbeiterstatistik“ übliche statistische Quellenwerke. Diese Beiträge liefern Daten über Arbeitsverhältnisse, Tarifverträge, Wohnungsfürsorge und Notstandsarbeiten.

3. Ablauf der Forschungsarbeit

Wegen des großen Umfangs des historischen Datenmaterials konnte im Rahmen des Lehrforschungsprojekts nur ein Teil der Daten genutzt werden. Der erste Arbeitsschritt bestand daher darin, die Statistikbereiche auszuwählen, die ausgewertet werden sollten. Die Auswahl erfolgte unter vier Gesichtspunkten. Zunächst wurde festgestellt, welche Statistiken im weiten Sinn sozialwissenschaftlich relevant sind. Dann wurden alle Statistiken eliminiert, die nicht als Zeitreihen über einen längeren Zeitraum oder zumindest mit mehreren über den ganzen Untersuchungszeitraum verstreuten Jahresergebnissen vorliegen. Danach wurde geprüft, für welche historischen Daten es aktuelle Vergleichsdaten gibt; dies ist allerdings fast überall der Fall. Schließlich wurden diejenigen Statistiken herausgesucht, die für kleine Gebietseinheiten – Kreise bzw. Städte – Ergebnisse enthalten. Der letztgenannte Gesichtspunkt blieb aber dann unbeachtet, wenn eine nur nach größeren Gebietseinheiten wie Regierungsbezirken gegliederte Statistik sozialwissenschaftlich besonders interessant ist. Der erste Arbeitsschritt führte zu der folgenden Liste der in die weitere Untersuchung einzubeziehenden Statistiken. In Klammern sind jeweils die Berichtsjahre angegeben, für die seit etwa 1860 (Beginn der Veröffentlichungsreihe „Preussische Statistik“) Daten vorliegen.

- Volkszählungen (1861/62, 1864/65, 1867, 1871, 1875; dann weiter in fünfjährigen Abständen bis 1910; nach dem Ersten Weltkrieg 1925, 1933 und 1939)
- Berufszählungen (1882, 1895, 1907, 1925, 1933, 1939)
- Gewerbezahlungen (1875, 1882, 1895, 1907, 1925, 1933, 1939)
- Gebäude- und Wohnungszählungen (1864/65, 1878, 1893, 1910, 1918, 1927)
- Laufende Bevölkerungsstatistik (1862 bis 1939 jährlich)
- Todesursachen (1869 bis 1907 jährlich)
- Krankenversicherung (1885 bis 1937 jährlich)
- Heilanstalten und Irrenanstalten (1877 bis 1906 jährlich)
- Öffentliche Armenpflege, Fürsorge (1885, 1927 bis 1931, 1932 bis 1936, 1941, 1942)
- Kriminalstatistik (1882 bis 1936 jährlich; 1939)
- Verbraucherpreise (1909 bis 1928 jährlich)
- Wirtschaftsrechnungen, Lebenshaltung (1909, 1911, 1916, 1917, 1919, 1927/28)
- Streiks und Aussperrungen (1899 bis 1919 jährlich)

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

- Schulen (1886, 1891, 1896, 1901, 1906, 1911, 1921, 1926, 1926/27, 1931/32; 1935 bis 1942 jährlich)
- Hochschulen (1886/87 bis 1895/96 jährlich; 1899/1900, 1903/03, 1905/06, 1908/09, 1911/12, 1924/25, 1925, 1926, 1928, 1928/29, 1929, 1929/30)
- Politische Wahlen (1898 bis 1938 zu den jeweiligen Wahlterminen)

Im zweiten Arbeitsschritt waren die Bibliotheken zu ermitteln, in denen die benötigten Quellenwerke zur Verfügung stehen. Die historischen Veröffentlichungen werden in der Regel nicht ausgeliehen, sondern können nur eingesehen werden. Die Bibliotheken müssen daher für die am Forschungsprojekt beteiligten Personen leicht erreichbar sein. Als Hilfe bei der Suche nach Beständen der Reichsstatistik kann auf eine in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg erstellte Dokumentation zurückgegriffen werden (Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen 1950), die allerdings trotz späterer mehrfacher Überarbeitung nicht mehr ganz aktuell ist. Die meisten verwendeten Veröffentlichungen befinden sich in der Bibliothek des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf. Verhältnismäßig gut ausgestattet sind auch die Universitätsbibliotheken in Duisburg und Düsseldorf. Darüber hinaus konnten Bestände des Statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf und des „Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen“ in Düsseldorf genutzt werden. Eine ergiebige Informationsquelle ist auch die traditionsreiche „Bücherei des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute“ in Düsseldorf. Nur in wenigen Ausnahmefällen musste die Fernleihe in Anspruch genommen werden.

Im dritten Bearbeitungsschritt wurden die zu untersuchenden Statistiken insbesondere hinsichtlich der Methoden der Datenproduktion beschrieben (siehe Kapitel 4). Die dazu notwendigen Informationen sind den Textteilen und den Tabellenköpfen und –vorspalten der Quellenwerke zu entnehmen. Für jede Statistik waren die folgenden fünf Fragen zu beantworten:

- Was wurde erfasst? Hier sind sämtliche ausgewiesenen Merkmale mit ihren Untergliederungen (z.B. Regionen, Branchen u.a.) aufzulisten und durch Übernahme der gegebenen Definitionen zu beschreiben.
- Wann fand die Statistik statt? Hier geht es um die Erhebungszeit (wann wurde die Information eingeholt?) und die Berichtszeit (über welche Zeit wird berichtet?) sowie ggf. um die Periodizität der Erhebungen.
- Wie wurde erhoben? Hier sind alle verfügbaren Informationen zur Erhebungsmethodik zu sammeln. Wichtig sind Angaben zur Herkunft der Daten, zur Erhebungsorganisation, zum Berichtsweg und zu den beteiligten Dienststellen. Auf Hinweise zu Fehlerquellen ist besonders zu achten.
- Wozu diente die Statistik? Hier geht es um die Erhebungszwecke – die in der Regel auch aus den Rechtsgrundlagen der Statistik hervorgehen – sowie um Hinweise zur Aussagefähigkeit der Daten.
- Wo sind die Daten veröffentlicht? Hier sind exakte bibliographische Angaben (ggf. mit Seitenzahlen) festzuhalten. Zur Erleichterung der weiteren Bearbeitung ist auch die Angabe der Bibliothek und der dort verwendeten Signatur wichtig.

Aus den fünf Fragen wurde ein detaillierter „Erfassungsbogen“ entwickelt, der die Beantwortung erleichterte und das einheitliche Vorgehen unterschiedlicher Bearbeiter förderte.

Im vierten Bearbeitungsschritt war zu untersuchen, welche Daten der im ersten Schritt ausgewählten Statistiken für welche Gebietseinheiten vorliegen. Da die amtliche Statistik vorrangig der öffentlichen Verwaltung dient, ist sie regional nach staatlichen Verwaltungsbezirken gegliedert. Die Gliederung erstreckt sich hierarchisch über mehrere Ebenen. Unter dem Deutschen Reich stehen die deutschen Länder wie das Land Preußen, das sich in seinen statistischen Veröffentlichungen als „preussischer Staat“ bezeichnet. Preußen ist in Provinzen aufgeteilt, die sich aus Regierungsbezirken zusammensetzen. Die nächste Aufteilung führt zu den Stadtkreisen und Landkreisen, die Zusammenfassungen von Städten und Landgemeinden sind. Dem Forschungsprojekt war die Aufgabe gestellt, nach Möglichkeit Daten für die Städte Duisburg und Düsseldorf oder – wenn derartig kleinräumige Ergebnisse nicht vorliegen – für die nächsthöhere ausgewiesene Ebene – wie Regierungsbezirk Düsseldorf oder Provinz Rheinland – auszuwerten (siehe Kapitel 5). Zur Kennzeichnung der regionalen Gliederung einer Statistik genügt die Angabe der kleinsten Gebietseinheit, für die Ergebnisse anfallen. Von den 16 ausgewählten Statistiken liefern zehn (Volkszählungen, Berufszählungen, Gewerbezahlungen, Gebäude- und Wohnungszählungen, Laufende Bevölkerungsstatistik, Todesursachen, Öffentliche Armenpflege/Fürsorge, Verbraucherpreise, Wirtschaftsrechnungen/Lebenshaltung, Schulen) umfangreiche Ergebnisse für die Städte bzw. Stadtkreise Duisburg und Düsseldorf. Diese beiden Städte sind mit ihren gleichnamigen Stadtkreisen identisch. Die Statistik der Heilanstalten und Irrenanstalten gibt überwiegend über den Regierungsbezirk Düsseldorf, zum Teil auch nur über die Provinz Rheinland, zum Teil aber auch über die Städte Duisburg und Düsseldorf Auskunft. Die Statistik der Krankenversicherung weist Ergebnisse teilweise für den Regierungsbezirk und teilweise für die Provinz aus. Die Statistik der Streiks und Aussperrungen beschränkt sich auf Angaben für die Provinz Rheinland. Die Kriminalstatistik liefert zum Teil Daten für den Regierungsbezirk Düsseldorf; die meisten Tabellen sind aber nach Oberlandesgerichtsbezirken gegliedert. Für das Forschungsprojekt kommen zunächst der Oberlandesgerichtsbezirk Köln und später – nach der Neuordnung der Gerichte ab dem Jahr 1907 – der Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf in Frage. Auch für die Politischen Wahlen wird mit den Wahlkreisen – relevant sind hier die Kreise „Düsseldorf“ und „Mülheim/Duisburg“ – in erster Linie eine spezielle Gebietseinteilung angewendet; daneben werden aber auch Wahlergebnisse für die Stadtkreise bzw. Städte Duisburg und Düsseldorf ausgewiesen. Die Statistik der Hochschulen stellt die Universitäten einzeln dar. In der Provinz Rheinland gab es im Untersuchungszeitraum nur die Universitäten bzw. universitätsähnlichen Einrichtungen in Bonn, Aachen, Köln und Düsseldorf. Die „Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn“ wurde im Jahr 1818 als Nachfolgerin der bereits im 18. Jahrhundert am selben Ort bestehenden und aufgelösten Universität gegründet. Sie führte auch die Tradition der seit dem 17. Jahrhundert bis 1818 bestehenden Kleveschen Landesuniversität Duisburg fort. Die heutige „Rheinisch-westfälische Technische Hochschule Aachen“ wurde 1870 gegründet, erhielt aber erst 1899 mit dem Promotionsrecht Universitätsrang. Nach Auflösung der mittelalterlichen Kölner Universität im Jahr 1798 wurde aus drei in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts entstandenen Keimzellen (Handelshochschule, Kölner Akademie für praktische Medizin, Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung) erst 1919 die „Universität zu Köln“ wiedererrichtet. Die vor dem Ersten Weltkrieg gegründete „Düsseldorfer Akademie für praktische Medizin“ bildete ab 1923 unter der Bezeichnung „Medizinische Akademie in Düsseldorf“ Studenten aus und erhielt damit Universitätsrang.

Die Datenauswertung wurde auch in zeitlicher Hinsicht eingeschränkt. Dazu wurden im fünften Bearbeitungsschritt drei jeweils aus einigen Jahren bestehende Zeiträume

ermittelt, für die Daten aus besonders vielen Statistiken vorliegen (siehe Kapitel 6). Zu diesen Zeiträumen wurden die Daten für die betrachteten Gebiete in den Quellenwerken aufgesucht und weiterverrechnet. Schließlich wurden im sechsten und letzten Bearbeitungsschritt gesondert für jeden der drei Zeiträume die Daten tabellarisch und graphisch anschaulich präsentiert und kommentiert (siehe Kapitel 7, 8 und 9). So ergaben sich Querschnittsbetrachtungen über verschiedene Lebensbereiche in drei politisch, sozial und wirtschaftlich unterschiedlichen historischen Epochen.

4. Methoden der Datenproduktion

(Verfasserin: Elke Engels)

In diesem Kapitel soll gezeigt werden, wie die Studierenden die Methodik der historischen Statistik dargestellt haben, das heißt, welche Aspekte ihnen (aus heutiger Sicht) auffielen, was ihnen wichtig erschien, wie sie die damaligen Methoden bewerteten, welche Schwerpunkte sie setzten und wie sie insgesamt mit der Aufgabenstellung fertig geworden sind. Textgrundlage sind zum größten Teil die Bände der „Statistik des Deutschen Reichs Neue Folge“ und andere Quellen der historischen Statistik; darüber hinaus verwenden einige Studierende Sekundärliteratur.

Zunächst einmal kann gesagt werden, dass fast alle Studierenden die Fülle der Informationen, die die historische Statistik liefert, erwähnen und die Arbeit, die sich die damaligen Sachbearbeiter gemacht haben, würdigen. Die Aufgabenstellung, diese umfangreichen Informationen in einer anschaulichen Form darzustellen, ist dann sehr unterschiedlich aufgefasst worden, sowohl hinsichtlich des Umfangs als auch der gewählten Schwerpunkte; einige Studierende gehen sehr detailliert auf die vielen Einzelheiten der historischen Statistik ein, stellen jede Veränderung dar, die sich in den betrachteten Zeiträumen ergeben hat, und bleiben dabei teilweise sehr an den Originalen, während andere einen gröberen Überblick liefern, die Daten zusammenfassen und einzelne Aspekte stellvertretend darstellen. Teilweise wirkt sich das dann auf die Lesbarkeit der Arbeiten aus, das heißt, die ganz ausführlichen Beschreibungen enthalten zwar viele Informationen, allerdings auch zu viele Wiederholungen, die für den Leser weniger interessant sind. Auf der anderen Seite haben sich einige Studierende darauf beschränkt, die erfassten Merkmale der historischen Statistik aufzulisten, ohne diese weiter zu erklären oder dazu Stellung zu beziehen, was wohl auch nicht Sinn der Sache ist. Diese unterschiedliche Bearbeitung ist sicherlich darauf zurückzuführen, dass die Aufgabenstellung sehr offen war und es den Studierenden überlassen wurde, wie sie mit dem gesichteten Datenmaterial umgehen sollten. Für die Vergleichbarkeit der Arbeiten ist das etwas nachteilig. Es sollte beschrieben werden, wann die Daten erhoben und veröffentlicht wurden, wo sie veröffentlicht wurden, wozu die Statistik diente, welche gesetzliche Grundlage sie hatte, wie die Daten erhoben wurden und was gemessen wurde. Im Folgenden werden einige ausgewählte Arbeiten nach den bearbeiteten Themen der historischen Statistik geordnet dargestellt und beurteilt. Zu Beginn jeder Darstellung erfolgt eine kurze Beschreibung der Methode.

Kriminalstatistik

Für die Erfassung der Kriminalstatistik standen Zählkarten zur Verfügung, die von den Amts- bzw. Landgerichten für jedes Urteil oder jeden Strafbefehl und für jeden einzelnen Angeklagten auszufüllen waren. Diese wurden bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts über ein Quartal gesammelt und an das Kaiserliche Statistische Amt in Berlin übersandt. In zwei Arbeiten werden die Bestimmungen für die Erstellung der

Kriminalstatistik abgedruckt, ebenso wie Muster der Zählkarten. Die Studierenden haben sich im Anschluss daran der Beschreibung des Gegenstandes dieser Statistik gewidmet und die verwendeten Begriffe erklärt. In einer anderen Arbeit zu diesem Thema erfolgt darüber hinaus ein direkter Vergleich von historischen und aktuellen Gesetzen und Strafen. Zum Verständnis des Untersuchungsgegenstands wird erläutert, was unter strafbaren Handlungen und Verbrechen und Vergehen verstanden wurde, nämlich „nur die berücksichtigten Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze (und nicht auch diejenigen gegen die einzelnen Landesgesetze)“. Alle Bearbeiter beschreiben ausführlich, welche Strafarten für welche Verbrechen vorgesehen waren. Dabei fallen ihnen die heute nicht mehr existierenden Strafen bzw. die „veralteten“ Bezeichnungen auf, wie zum Beispiel „lebenslängliches und zeitiges Zuchthaus“, „Festungshaft“ und die Unterscheidung zwischen „Haupt- und Nebenstrafen“ (Zu letzteren gehört der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und die Polizeiaufsicht). Ohne die Klärung dieser aus heutiger Sicht merkwürdig anmutenden Begriffe wäre das Verständnis der historischen Statistik kaum möglich. Einen Teil dieser Erklärungen finden die Studierenden in den ausführlichen Begleittexten zu den Tabellen der Veröffentlichungen.

Während die Darstellung der Ergebnisse den Studierenden als sehr genau erscheint, stellen sie Mängel bei der Methodik fest, die sie teilweise auch aus den Begleittexten entnehmen können, da die damaligen Sachbearbeiter die Probleme selbst gesehen haben und diese auch zugeben. Als besonders ungünstig fällt den Studierenden auf, dass nur die bekannt gewordenen und zur Verhandlung gekommenen Verbrechen in die Statistik eingegangen sind, sowie nur solche, die durch „rechtskräftige richterliche Entscheidung erledigt“ wurden. Durch diese Einschränkung entsteht eine große Dunkelziffer, das heißt, ein Großteil der Fälle wird durch die Statistik gar nicht erfasst. Eine Bearbeiterin schätzt den Anteil dieser Fälle auf 79%. Des weiteren fällt den Studierenden auf, dass die Zählung der strafbaren Handlungen neben die der straffälligen Personen gestellt wird; das heißt, es wird einerseits jede strafbare Handlung gezählt, gleichgültig wie viele Personen beteiligt waren, und andererseits jede verurteilte Person, wodurch nachher nicht mehr ersichtlich ist, wie viele Verbrechen diese Person begangen hat. Ab 1918 werden nur noch die verurteilten Personen gezählt. Dies wird damit begründet, dass die Zählung nach Personen statistisch zuverlässiger sei, weil für jeden Angeklagten eine besondere Zählkarte ausgefüllt werde, während die strafbaren Handlungen nur der Gesamtzahl nach aufgeführt werden. Die Studierenden erwähnen zudem die Notwendigkeit einer Berechnung von Verhältniszahlen, um einzelne Regionen besser miteinander vergleichen zu können, worauf die Verfasser der historischen Statistik selbst hinweisen.

Des weiteren beschreiben die Bearbeiter(innen) die Veränderungen, die sich in den betrachteten Jahrgängen ergeben haben. Hier gehen zwei Arbeiten derart akribisch vor, dass sie beispielsweise kleinste Veränderungen der Zählkarten zum Anlass nehmen, diese wieder abzudrucken, während eine andere Arbeit die Jahrgänge direkt miteinander vergleicht. Zudem weisen die Studierenden unterschiedlich ausführlich auf die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen der betrachteten Zeiträume hin, die zu Gesetzesänderungen führten, wodurch dann die Vergleichbarkeit der Daten eingeschränkt wird. Zum Beispiel werden das Ruhen von Privatklageverfahren in Teilen des Jahres 1924, die Aufhebung der Wuchergerichte, das Heraufsetzen der Strafmündigkeit vom 12. auf das vollendete 14. Lebensjahr und das Ausscheiden von Strafsachen gegen Wehrmatsangehörige aus der Reichskriminalstatistik im Jahr 1934 erwähnt. Im betrachteten Untersuchungszeitraum hat sich zudem die Methodik durch die Einführung von Lochkarten entscheidend verändert, worauf zwei Arbeiten hinweisen. In diesen

Arbeiten werden die Veränderungen der Gesetzgebung und damit auch der Statistik zur Zeit des Nationalsozialismus deutlich, wie die Einführung von Fragen nach der Religionszugehörigkeit und die Gewährung von Straffreiheit für Taten, „zu denen sich der Täter vor dem 20. April 1936 durch Übereifer im Kampf für den nationalsozialistischen Gedanken hatte hinreißen lassen“. In diesen beiden Arbeiten werden solche Aspekte neutral dargestellt; es erfolgt keine Stellungnahme. Die Kritik an der Methodik wird den Studierenden dadurch erleichtert, dass die Verfasser der historischen Statistik, wie schon erwähnt wurde, auf Mängel selbst hinweisen. Dies wird in den Arbeiten dadurch deutlich, dass die Studierenden viele Ausführungen wörtlich übernehmen. Beim Vergleich der Ausarbeitungen der Studierenden fällt auf, dass zwei Arbeiten jeden Band detailliert beschreiben, auf kleinste Veränderungen eingehen und dabei sehr am Text haften, während eine andere Arbeit einen Überblick über die gesichteten Jahrgänge liefert und auch mit Sekundärliteratur oder Beispielen aus anderen Bereichen arbeitet. Die letzt genannte Arbeit ist dadurch in ihrer Lesbarkeit ansprechender, wogegen die beiden ersten tatsächlich fast das Lesen der Originaltexte ersparen. An manchen Stellen wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Studierenden ihre eigenen Anteile etwas mehr in ihre Ausarbeitungen eingebracht hätten.

Laufende Bevölkerungsstatistik

Mit der laufenden Bevölkerungsstatistik haben sich mehrere Studierende beschäftigt, die unterschiedliche Erhebungszeiträume betrachtet haben. Ein Autor geht näher auf die damalige Erhebungsmethode ein, und zwar vor dem Hintergrund der heutigen Gütekriterien für eine wissenschaftliche Datenerhebung. Er beschreibt, dass es bis 1873 kein einheitliches Verfahren zur Aufzeichnung der Geburten, Todesfälle und Eheschließungen gab und ebenso keine einheitlichen gesetzlichen Vorgaben dafür. Geistliche mussten anhand der Kirchenbücher Tabellen zu diesen Merkmalen erstellen, die dann fünf unterschiedliche Instanzen und Institutionen durchliefen. Der Bearbeiter spricht diesem uneinheitlichen Verfahren fehlende Objektivität, Reliabilität und Validität zu und geht davon aus, dass nicht-religiöse Personen möglicherweise gar nicht erfasst wurden. Die Einführung von Zählkarten ab 1874, die von den neuentstandenen Standesämtern ausgefüllt und an das Königliche Statistische Bureau übersendet wurden, wird demgegenüber als genauer und effizienter beurteilt. Als Vorteile werden zum Beispiel die Standardisierung, Gleichartigkeit der Erhebungsorgane, qualifiziertes Fachpersonal, direkte bürokratische Verbindung zwischen Standesamt und Zentralstelle und eine höhere Datenqualität aufgrund regelmäßiger Kontrolle genannt. Die Kontrolle zur Vermeidung von Fehlern ging soweit, dass für Korrekturen „ggf. Personen vorgeladen, Urkunden beschafft oder sogar Reisen unternommen werden“ mussten, wofür die Kosten nicht erstattet wurden. Als Anreiz wurde den Standesbeamten für je 100 richtig ausgefüllte Zählkarten eine Schreibgebühr von drei Mark in Aussicht gestellt.

Ein anderer Bearbeiter dieser Thematik weist darauf hin, dass einige Bände der historischen Statistik aufgrund ihres Alters in einem so schlechten Zustand waren, dass er auf ihre Bearbeitung verzichtet hat, um die Bücher nicht zu beschädigen. Seine Arbeit ist so aufgebaut, dass nacheinander die Geburten, die Sterbefälle, die Eheschließungen und die Wanderungen dargestellt werden. Die Methodik wird hier nicht beschrieben, sondern es wird hauptsächlich auf die Tabellen und die erfassten Merkmale eingegangen. Dabei bleibt der Autor bei einer bloßen Aufzählung und Erklärung dieser Merkmale, ohne dazu Stellung zu beziehen. Erwähnenswert erscheinen ihm die immer wiederkehrenden Fragen nach der Vitalität der Geborenen, ob sie ehelich oder unehelich zur Welt gekommen sind, nach der Religion der Eltern sowie nach deren Stand, Beruf und Erwerbszweig.

Hinsichtlich der Sterbefälle fällt dem Autor auf, dass sich hier Veränderungen der Dokumentation erkennen lassen, so zum Beispiel in den zeitweise vorhandenen Tabellen, in denen einerseits die Todesursachen aufgeführt wurden und andererseits die manchmal fehlende Darstellung des Religionsbekenntnisses der Gestorbenen. Erwähnt wird zudem, dass mehrere Veränderungen nach 1878 stattgefunden haben; zusätzliche Tabellen zur sozialen Stellung der Gestorbenen bzw. ihrer Eltern, zur Dauer der durch den Tod gelösten Ehen und zu den Sterbefällen in öffentlichen Anstalten werden aufgeführt. Hier wäre es wünschenswert gewesen, dass der Autor diese Merkmale auch kommentiert bzw. vielleicht einen Vergleich zur heutigen Zeit vorgenommen hätte. Die Tatsache, dass unter der „Kindersterblichkeit“ die Fälle aufgeführt wurden, in denen die Verstorbenen zunächst unter 15, dann unter 20 Jahre alt waren, wird zwar als interessant bezeichnet, aber ebenfalls nicht weiter interpretiert. Ein ähnliches Bild bietet sich bei der Darstellung der Eheschließungen: Hier wird beispielsweise aufgeführt, dass es ein Merkmal „Grad der Verwandtschaft“ der Ehepartner gegeben hat; aber es wird nicht weiter darauf eingegangen, obwohl dies aus heutiger Sicht sicherlich ein sehr interessanter Punkt ist. Auf die „Wanderungen“ geht der Autor etwas stärker ein; es wird kritisch erwähnt, dass als Indikator für die Ein- bzw. Auswanderung der Verlust und Erwerb der Staatsangehörigkeit herangezogen wird. Hierauf habe man sich nicht allein verlassen können, da es Menschen gegeben habe, die ohne Entlassungsurkunde ihre Heimat verließen. Die Zollbehörden seien insofern eine zusätzliche Hilfe gewesen, weil durch sie die aus deutschen Häfen beförderten Auswanderer ermittelt werden konnten. Eine weitere Arbeit geht leider gar nicht über eine bloße Aufzählung der Merkmale hinaus. Erwähnenswert ist hier eventuell, dass der Autor im Zusammenhang mit den Eheschließungen aufführt, dass die Ehescheidungen 1922 erstmals erfasst wurden und die Schuldfrage bei den Scheidungen ab 1928 berücksichtigt wurde. Leider wird auch dies hier nicht weiter kommentiert.

Streiks und Aussperrungen

Die Statistik der Streiks und Aussperrungen wurde in dem betrachteten Zeitraum durch die örtlichen Polizeibehörden mit Hilfe bestimmter Zählkarten durchgeführt. Diese wurden an höhere Verwaltungsbehörden weitergeleitet, die sie überprüften und die ggf. bei Unklarheiten Nachforschungen betrieben, bevor sie sie an das Kaiserliche Statistische Amt schickten. Hier wurden die Daten erneut überprüft und mit Zeitungsmeldungen zu dieser Thematik verglichen. Zu diesem Zweck bezog das Kaiserliche Statistische Amt ca. 40 Zeitungen. Zunächst einmal fiel der diese Statistik bearbeitenden Autorin auf, dass die entscheidenden Begriffe wie Streik, Aussperrung, gewerblicher und politischer Arbeitskampf zwar einer Klärung bedurften, insgesamt aber von einer allgemeinen Festlegung der Begriffe Abstand genommen wurde, um der amtlichen Statistik einen Spielraum zu lassen. In dieser – wie auch in mehreren anderen Arbeiten – werden alte und neue Definitionen dargestellt und miteinander verglichen. Bei dem Vergleich der Statistik der Streiks und Aussperrungen früher und heute fiel vor allem der Umfang der Datenerhebung auf. Zu Beginn des Jahrhunderts füllte diese Statistik jährlich Bände von ca. 40 Seiten, während heute eine einzige Seite in Statistischen Jahrbüchern den Arbeitskämpfen eines Jahres gewidmet wird. Erklärt wird dies mit der unterschiedlichen Bedeutung von Arbeitskämpfen für die Wirtschaft insgesamt, aber vor allem für die einzelnen Arbeiter in ihrer damals oft sehr entbehrungsreichen Lebenslage. Die Statistik spiegelt diese Lage auf vielerlei Arten wider: Zum einen wird als Streik beispielsweise nur eine solche Niederlegung der Arbeit betrachtet, die mit der Absicht verbunden ist, notfalls das Arbeitsverhältnis ganz aufzukündigen, wodurch man die Bedeutung eines Streiks für die Arbeiter erkennen kann. Des Weiteren fallen hinsichtlich der Ergebnisse

der Erhebung besonders die geringen Erfolge der Streikenden auf. Bezüglich der Erhebungsmethode erscheint bemerkenswert, dass die örtliche Polizeibehörde für die Datenerfassung zuständig war. Hier ist anzunehmen, dass diese Aufgabe für die Polizei nur eine von vielen war, so dass möglicherweise nur solche Arbeitskämpfe erfasst wurden, die einen Polizeieinsatz notwendig machten. Daher kann die Vollständigkeit der Daten angezweifelt werden. Insgesamt wird in dieser Arbeit aber deutlich, dass die historische Statistik zwar einige methodische Mängel aufweist, aber auf Grund ihres großen Umfangs und der detaillierten Darstellung der heutigen Statistik überlegen ist, wobei die Bedeutung von Arbeitskämpfen sicherlich heute wesentlich geringer ist.

Berufszählungen

Die Methodik dieser Statistik wurde von mehreren Studierenden beschrieben; teilweise wurden unterschiedliche Jahrgänge betrachtet. Es handelte sich um eine schriftliche Erhebung mit Fragebögen bzw. einem Zählbogen und einer Gewerbekarte, die von „geeigneten Kräften aus der Mitte der Bevölkerung“ verteilt und von den Haushaltungsvorständen bzw. Betriebsleitern und nur in Ausnahmefällen stellvertretend für diese von den Zählern ausgefüllt wurden. „Geeignet“ waren diese Personen dann, wenn sie durch die Ausübung ihres Berufes eine eingehende Kenntnis der persönlichen und gewerblichen Verhältnisse ihrer Mitmenschen hatten. Den Daten lag jeweils ein bestimmter Stichtag zugrunde. Erfasst wurden immer alle Personen, die sich zu diesem Zeitpunkt in den gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben, Gasthöfen, Spitälern, Anstalten, Militärgebäuden und Herbergen aufhielten. Da die Erhebung im Sommer stattfand, wird als Problem betrachtet, dass hier die Bevölkerung stärker in Bewegung war. Bemerkenswert erscheint den Bearbeitern dieser Statistik, dass darauf hingewiesen wurde, dass zu dieser Zeit keine öffentlichen Veranstaltungen, Feste und Märkte stattfinden sollten. Abgesehen von diesen organisatorischen Schwierigkeiten weisen die Studierenden auf eine Vielzahl von Fehlerquellen hin: Es gab für einige Bezirke keine ausreichenden Erfassungsunterlagen; die Fähigkeiten der Gemeindevorsteher waren möglicherweise mangelhaft; die Fragen waren zu kompliziert; der Umfang der Erhebungsbögen und der zugehörigen Erläuterungen war zu groß; es gab vielerlei Missverständnisse bezüglich einzelner Fragen und der Art, die Formulare auszufüllen. Zudem wird auch beschrieben, dass die Größe von bewirtschafteten Flächen aus Furcht vor Verwendung der Daten zu Steuerzwecken zu gering angegeben wird, obwohl als Zweck der Statistik wissenschaftliche Gründe angegeben werden. Zudem wird darauf hingewiesen, dass keine Fragen zu Vermögens- und Einkommensverhältnissen gestellt werden durften. Ein großer Teil der Arbeiten zu diesem Thema ist den Unterschieden der Statistiken der betrachteten Jahrgänge (1882 bis 1939) gewidmet. Diese Unterschiede sind auf die enormen Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Situation im Deutschen Reich in diesem Zeitraum zurückzuführen. So wurde zum Beispiel bei der Zählung 1925 die Unterscheidung von Haushalt und Familie notwendig, da auf Grund der Wohnungsnot häufig mehrere Familien in einer Wohnung zusammen lebten. Weitere Änderungen der Statistik waren die zunehmende Anzahl von erfassten Berufen sowie die gesonderte Erfassung von Ausländern und Glaubensjuden im Jahr 1933. Bei der Zählung 1939 wurde eine Ergänzungskarte über Abstammung und Vorbildung eingeführt. In diesem Jahr wurden Beamte als Zähler eingesetzt; für die Wehrmacht, den Reichsarbeitsdienst und die Waffen-SS waren die zuständigen Dienststellen verantwortlich, und die Daten wurden vom Statistischen Reichsamtsamt direkt bearbeitet.

Verbraucherpreise

Auch mit der Statistik der Verbraucherpreise haben sich mehrere Studierende beschäftigt. Untersucht wurde vor allem der Zeitraum von 1909 bis 1928. In einer Arbeit wird zunächst die Situation vor 1909 dargestellt. Die Preisermittlung erstreckte sich auf bestimmte Marktwaren und Gegenstände des „stehenden Handels- bzw. Ladenverkehrs“. Sowohl der Regierungspräsident als auch die Erhebungsbehörden konnten zusätzliche Waren miterfassen, wenn diese für den Landesteil oder Bezirk von besonderer Bedeutung waren. Bedingung war generell, dass die Verpflegungsmittel normalerweise von bürgerlichen Haushalten gekauft wurden, so dass feinste und schlechte Ware nicht berücksichtigt wurde. In dieser Arbeit folgt eine detaillierte Klärung der relevanten Begriffe und der Kriterien, die der Erhebung zugrunde lagen, sowie die Darstellung, welche Marktwaren aufgenommen wurden. Auffallend ist aus heutiger Sicht, welche Mengenangaben verwendet wurden; zum Beispiel wurde beim Getreide für verschiedene Qualitäten der höchste und niedrigste Preis für 100 kg in Mark und Pfennigen ermittelt. Für die Erhebung war der Marktmeister oder ein Polizist verantwortlich. Geprüft wurden die Daten in erster Instanz von einer Marktkommission bzw. von den Gemeindevorständen. Es wird berichtet, dass die Ermittlung der Ladenpreise gegenüber den Marktpreisen in den Folgejahren eine zunehmend größere Bedeutung erlangte. Die Erhebungsmethode war bei diesen beiden Preisarten gleich. Zur Berechnung der Monatsdurchschnittspreise wurden die höchsten und niedrigsten Preise jeder Warengattung zusammengezählt und durch ihre Anzahl geteilt. Aus diesen Ergebnissen wurden wiederum Durchschnittspreise für Marktorte, Provinzen und den Preußischen Staat für jeden Monat und jedes Jahr errechnet. „Bedeutende Marktorte“ wurden zusätzlich gesondert aufgeführt, ohne Angabe, warum diese Orte als bedeutend galten. Im Jahr 1909 wurden zusätzliche Gegenstände in die Statistik einbezogen, zum Beispiel Vollmilch, Rossfleisch und Zucker. Zudem erfolgte in diesem Jahr eine Lockerung der Anweisungen für die Erhebung; zum Beispiel wurde jede Art der Erkundigung zulässig. Zusätzlich wurden die häufigsten Preise ermittelt, die dann auch statt des arithmetischen Mittels aus dem höchsten und niedrigsten Preis veröffentlicht wurden. Die Mengen, nach denen die Preisberechnung erfolgte, wurden verringert. Bei der Ermittlung der überörtlichen Durchschnittspreise wurde dann auch nach der Einwohnerzahl der Städte gewichtet und nicht mehr nur durch die Anzahl der Orte geteilt. 1913 erfolgte wiederum eine Veränderung der Erhebung: Weiterhin blieb die Art der Erkundigung den Erhebungsbehörden überlassen; allerdings sollte zum Beispiel beachtet werden, dass auf uniformierte Beamte als Preisermittler verzichtet werden sollte, dass nach Möglichkeit städtische statistische Ämter mit der Erhebung beauftragt werden sollten, dass die Ermittlung nach Möglichkeit über die gesamte Stadt verteilt stattfinden sollte, dass Markt- und Ladenverkehr getrennt betrachtet werden sollten und dass wiederum die „gangbare“ Qualität betrachtet werden sollte. Die Erhebungsbehörde sollte die Interessen von Produzenten (insbesondere Fleischern) und Konsumenten gleichmäßig vertreten.

Weitere Veränderungen fanden in den Jahren nach 1919 statt, die durch den Krieg und seine Folgen, vor allem die Inflation, geprägt waren. Es gab wegen der Gebietsverluste nach dem Ersten Weltkrieg weniger Berichtsorte. Im Jahr 1923 erfolgte eine Angleichung der preußischen Statistik an die Reichsstatistik. So wurden nur noch die „häufigsten“ Preise erhoben und insgesamt mehr Produkte erfasst. Die Berücksichtigung der Großbezugspreise wurde an die Veränderungen in der Handelsrealität an den Großmärkten angepasst. In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg wuchs die Bedeutung der Statistik der Verbraucherpreise angesichts der veränderten Handelsrealität und neuer Produktionstechniken, vor allem aber aufgrund der Inflation. Die extremen

Veränderungen in den Kriegs- und Nachkriegsjahren haben die Vergleichbarkeit und Aussagekraft der Daten zu dieser Zeit erheblich beeinflusst. So gab es zum Beispiel staatliche Rationierungen, Höchstpreise wurden festgesetzt, der Schwarzhandel nahm zu und verschiedenen Währungen wurden genutzt. In der Inflationszeit waren die Verbraucher gleichsam gezwungen, ihr Geld sofort auszugeben, da es schnell wertlos wurde; die Bauern und Produzenten fuhren ihre Produktion zurück, da kein Gegenwert zu erwirtschaften war. Durchschnittspreise wurden 1923 aufgrund der geringen Aussagekraft der Zahlen gar nicht mehr berechnet. Zur Verdeutlichung der Preisentwicklung stellt ein Bearbeiter eine eigene Berechnung an, bei der er die ermittelten Preise der amtlichen Statistik aus Duisburg und Köln mit den Lohntabellen für Arbeiter aus dem Ruhrgebiet vergleicht. Er stellt dann den Preis eines festen Warenpaketes den erfassten Wochenlöhnen gegenüber.

Wirtschaftsrechnungen

Die Statistik der Wirtschaftsrechnungen und der Lebenshaltung wurde von einigen Studierenden bearbeitet und auf unterschiedliche Art und Weise dargestellt. Eine Arbeit untersucht die Methodik der historischen Statistik anhand der heute gebräuchlichen Kriterien für eine wissenschaftliche Datenerhebung. Der Bearbeiter stellt gleich zu Beginn fest, dass die verwendeten Stichproben nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit der Bevölkerung sind, da sie nicht nach den heute gängigen Verfahren wie „Random-Route“ oder „Schwedenschlüssel“ ausgewählt wurden. Die untersuchten Datenerhebungen werden von dem Autor tabellarisch aufgelistet. Ihm fiel vor allem der geringe Stichprobenumfang auf: die Stichprobe bestand zum Beispiel aus 2400 Haushaltsbüchern, von denen 1940 ausgewertet wurden, oder aus 4134 Haushaltsbüchern, von denen 853 ausgewertet wurden, oder aus nur zwei Haushaltsbüchern, die zu privaten Zwecken geführt und später dem Kaiserlichen Statistischen Amt zugänglich gemacht wurden. Teilweise wurden die Haushaltsrechnungen über einen Monat durchgeführt, teilweise über ein Jahr. Die Autoren beschreiben, dass die Haushaltsbücher interessante Informationen über einzelne Haushalte liefern, aber für eigentliche statistische Zwecke nicht geeignet sind, da sie nicht repräsentativ sind und keine Veränderungen angeben können, weil die Haushalte immer nur im Querschnitt zu jeweils einem bestimmten Zeitraum untersucht wurden. Ein anderer Bearbeiter dieses Themas beschreibt eingangs sehr detailliert die sozialen und gesetzlichen Umstände, welche die Datenerhebungen begleitet haben. Bezüglich deren Durchführung fällt ihm auf, dass Einschränkungen bei der Auswahl der Arbeiterfamilien galten, wie eine obere Einkommensgrenze von 3000 Reichsmark pro Jahr und eine Kinderzahl von drei bis fünf, und dass die Auswahl durch die statistischen Ämter im Einvernehmen mit Krankenkassen und Arbeiterorganisationen erfolgen musste. Eine besondere Schwierigkeit wurde darin gesehen, die Familien zu motivieren, die Haushaltsbücher, die recht umfangreich waren, über ein Jahr korrekt zu führen. Erfahrungsgemäß bearbeitet nur ein Viertel der Familien die Bücher ein ganzes Jahr lang. Als Anreiz wurden Belohnungen versprochen, wie zum Beispiel Geld oder Bücher. Die Teilnehmer meldeten sich teils freiwillig auf Mitteilungen in Zeitungen; andere wurden durch Verbände, in denen sie Mitglied waren, zur Teilnahme motiviert, was Auswirkungen auf die Auswahl der Stichprobe hatte. Auch in dieser Arbeit wird deutlich, dass die Erhebungen zwar Informationen über kleine Gruppen der Bevölkerung liefern konnten, aber keine allgemeinen Aussagen über die Gesamtbevölkerung gemacht werden können. Als Problem wird zudem dargestellt, dass das Führen der Haushaltsbücher Auswirkungen auf den Konsum der Familien hatte.

5. Untersuchte Gebiete im Rheinland

Die zur Datenpräsentation und -kommentierung ausgewählten Gebiete sind vorrangig die Städte Duisburg und Düsseldorf sowie ersatzweise – wenn nur für größere Gebietseinheiten Daten vorliegen – der Regierungsbezirk Düsseldorf oder die Provinz Rheinland. Bei den Querschnittsuntersuchungen zu jeweils ausgewählten Zeitabschnitten (siehe Kapitel 6) ist zu beachten, dass alle betrachteten Gebiete sich seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts durch Verschiebung der Grenzen der Verwaltungsbezirke in ihrer Flächengröße meist häufig und sehr stark verändert haben. Die Provinz Rheinland umfasste ab 1816 die Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln, Aachen, Kleve, Koblenz und Trier. Der Regierungsbezirk Kleve wurde bereits 1822 dem Regierungsbezirk Düsseldorf, der Regierungsbezirk Aachen erst 1972 dem Regierungsbezirk Köln zugeschlagen. Der Regierungsbezirk Düsseldorf war bei seiner Gründung im Jahr 1816 2580 Quadratkilometer und nach der Aufnahme des Bezirks Kleve im Jahr 1822 5470 Quadratkilometer groß. Zahlreiche kleine Gebietsänderungen zwischen benachbarten Regierungsbezirken führten bis 1970 zu einer Größe von 5505 Quadratkilometern. Nach weiteren Änderungen im Zusammenhang mit der kommunalen Gebietsreform des Jahres 1975 hat der Regierungsbezirk Düsseldorf heute eine Fläche von 5290 Quadratkilometern. Die Stadt Düsseldorf war von 1816 bis 1872 ca. 49 Quadratkilometer groß. Heute hat sie eine Fläche von 217 Quadratkilometern. Die Fläche der Stadt Duisburg betrug 1874 38 Quadratkilometer und erreichte 1929 71 Quadratkilometer bzw. – nach dem in diesem Jahr vollzogenen Zusammenschluss mit der Stadt Hamborn – 143 Quadratkilometer. Heute ist Duisburg 233 Quadratkilometer groß. Der folgende Überblick fasst die zahlreichen einzelnen Gebietsveränderungen der Städte Duisburg und Düsseldorf zusammen (nach Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein- Westfalen 1996).

Düsseldorf wurde 1816 als Stadtkreis eingerichtet, aber schon 1820 in den gleichnamigen Landkreis eingegliedert, aus dem es erst 1872 wieder als Stadtkreis mit einer Fläche von 48,6 Quadratkilometern ausschied. In den Jahren 1908 bis 1929 erhielt der Stadtkreis in mehreren Portionen 97,1 Quadratkilometer des Landkreises Düsseldorf. Aus dem Kreis Neuß kam im Jahr 1909 eine Fläche von ca. 13 Quadratkilometern hinzu. 1929 wurden kleine Flächen an den Stadtkreis Neuß (0,70 Quadratkilometer) und den Kreis Grevenbroich-Neuß (0,01 Quadratkilometer) abgetreten. In den Jahren 1908/09 wurden Wersten, Stockum, Rath, Gerresheim, Ludenberg, Eller, Himmelgeist, Heerdt und Oberkassel, im Jahr 1929 dann Kaiserswerth, Lohausen, Itter, Benrath und Urdenbach nach Düsseldorf eingemeindet. 1975 erhielt die kreisfreie Stadt Düsseldorf 55,91 Quadratkilometer aus dem Kreis Düsseldorf-Mettmann sowie 26,69 Quadratkilometer aus dem Rhein-Wupper-Kreis. Die gesamte aus dem Rhein-Wupper-Kreis übernommene Fläche (Gebiet der Stadt Monheim) wurde 1976 wieder ausgegliedert und dem Kreis Mettmann zugeschlagen. 1980 wurden die letzten kleinen Änderungen (0,34 Quadratkilometer von Düsseldorf an den Kreis Mettmann; 0,48 Quadratkilometer vom Kreis Mettmann an Düsseldorf) vorgenommen.

Die Stadt Duisburg wurde 1874 mit 37,5 Quadratkilometern aus dem damaligen Kreis Duisburg ausgegliedert, der in diesem Zusammenhang in „Kreis Mülheim an der Ruhr“ umbenannt wurde. 1905 erhielt Duisburg ca. 33 Quadratkilometer (Gemeinden Ruhrort und Meiderich) aus dem durch Abtrennung vom Kreis Mülheim entstandenen Kreis Ruhrort, der später den Namen Kreis Dinslaken bekam. 1929 wurde aus den bisherigen Stadtkreisen Duisburg (70,63 Quadratkilometer) und Hamborn (26,13 Quadratkilometer) unter Einbeziehung von 45,81 Quadratkilometern aus dem Landkreis Düsseldorf (heutiger

„Duisburger Süden“) und 1,14 Quadratkilometern aus dem Stadtkreis Oberhausen der Stadtkreis Duisburg-Hamborn mit einer Flächengröße von 143,32 Quadratkilometern gebildet. Dieser Name wurde 1935 wieder auf Stadtkreis Duisburg verkürzt. 1975 wurde die kreisfreie Stadt Duisburg um 18,31 Quadratkilometer aus dem Kreis Dinslaken, 70,47 Quadratkilometer aus dem Kreis Moers und 0,99 Quadratkilometer aus dem Kreis Düsseldorf-Mettmann erweitert.

6. Bezugszeit der Querschnittsbetrachtungen

Die Anzahl der Statistiken, aus denen Daten insbesondere für kleinere Gebietseinheiten wie die Städte Duisburg und Düsseldorf zur Verfügung stehen, ist in den einzelnen Jahren des Untersuchungszeitraums oft verschieden. Für das Forschungsprojekt wurden Zeitabschnitte mit besonders großer Informationsdichte ausgewählt, in die außer den jährlich durchgeführten auch möglichst viele nur in mehrjährigen Abständen stattfindende Statistiken fallen. Die ausgewählten Zeitabschnitte sollten zudem weit genug auseinander liegen, um Unterschiede zwischen den Epochen deutlich werden zu lassen. Diese Anforderungen werden von der frühen Kaiserzeit um das Jahr 1882, der späten Kaiserzeit um das Jahr 1909 und der Zeit der Weimarer Republik um das Jahr 1927 erfüllt. Auf diese drei Zeitabschnitte beziehen sich die Querschnittsbetrachtungen der Kapitel 7, 8 und 9. Die Darstellungen sollen so vielseitig wie möglich sein. Daher werden in die Beschreibung der frühen Kaiserzeit außer den jährlichen Statistiken des Jahres 1882 auch nicht jährliche Erhebungen der Jahre 1878 bis 1886 einbezogen. Zur späten Kaiserzeit werden neben dem Berichtsjahr 1909 der jährlichen auch die Berichtsjahre 1906 bis 1912 von nichtjährlichen Statistiken gerechnet. Zur Betrachtung der Zeit der Weimarer Republik werden neben den jährlichen Statistiken von 1927 die nichtjährlichen der Jahre 1925 bis 1929 verwendet.

Zur frühen Kaiserzeit liegen gesondert für die Städte Duisburg und Düsseldorf Daten über die folgenden Erhebungsmerkmale der einzelnen Statistiken vor.

- Volkszählung (1880): Fläche, Wohnstätten, Haushaltungen (Einzel-, Familien-, Anstaltshaushaltungen), Wohnbevölkerung; ortsanwesende Bevölkerung nach Herkunft, Alter, Familienstand; Kinder im ersten Lebensjahr nach Geburtsmonaten; Gebrechliche nach Art ihrer Gebrechen; Religionsbekenntnis
- Berufszählung (1882): Bevölkerung nach Haupt- und Nebenberuf, Alter, Familienstand, Geschlecht, Religionsbekenntnis
- Gebäudezählung (1878): Gebäude nach Eigentümergruppen (öffentliche Hand, Genossenschaften, Privatpersonen), Art ihrer Bestimmung und Bauart
- Laufende Bevölkerungsstatistik (1882): Geborene (lebend bzw. tot) nach Geburtsmonat sowie Familienstand und Religionsbekenntnis der Eltern; Mehrlingsgeburten; Eheschließende nach Monat, Alter, früherem Familienstand und Religionsbekenntnis; Heiraten zwischen Blutsverwandten; Gestorbene nach Monat, Alter, Geschlecht, Familienstand, Ehedauer, Religionsbekenntnis; Wanderungen (Wohnsitzwechsel); fortgeschriebener Bevölkerungsstand
- Todesursachenstatistik (1882): Sterblichkeit nach Todesursachen und Geschlecht
- Statistik der öffentlichen Volksschulen (1886): Schulbezirke, Schulwege, Schulpflichtigkeit, Schulbenutzung; Schulgebäude, Klassenräume, Lehrerwohnungen, Landdotations; lehrplanmäßige Einrichtung, Zahl der Unterrichtsklassen; Schulkinder nach Geschlecht, Religionsbekenntnis, Familiensprache; Lehrerstellen und Lehrkräfte; konfessionelle Verhältnisse; Frequenzverhältnisse; Vermögenserträge, persönliche Kosten, sächliche Unterhaltungskosten

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

- Statistik der öffentlichen Armenpflege (1885): Von den Ortsarmenverbänden unterstützte Personen nach Ursachen der Bedürftigkeit; Ausgaben der öffentlichen Armenpflege; Armenstreitsachen
- Statistik der allgemeinen Heilanstalten (1885): Betten, Verpflegte, Verpflegungstage, Ärzte, Wartepersonal
- Gewerbestatistik (1882): Haupt- und Nebenbetriebe, Beschäftigte (Inhaber und Gehilfen), Motorenausstattung nach Gewerbearten

Nur für größere – Duisburg und Düsseldorf einschließende – Gebiete sind darüber hinaus aus der frühen Kaiserzeit Daten über die folgenden Merkmale verfügbar.

- Kriminalstatistik (1882; Regierungsbezirk Düsseldorf): Aburteilungen und Verurteilungen im Verhältnis zur Einwohnerzahl; Alter und Geschlecht der Verurteilten; strafbare Handlungen und Verurteilte nach Deliktarten und nach dem Ort der Tat
- Kriminalstatistik (1882; Oberlandesgerichtsbezirk Köln): strafbare Handlungen; gerichtliche Entscheidungen; Angeklagte und Verurteilte; Straforten und Strafstufen; Deliktarten; Sitz des erkennenden Gerichts
- Statistik der Krankenversicherung der Arbeiter (1885; Regierungsbezirk Düsseldorf): Kassen nach Kassenarten; Mitgliederbestand und -bewegung nach Geschlecht und Versicherungspflicht; Einnahmen, Ausgaben und finanzielle Lage der Kassen
- Statistik der Krankenversicherung der Arbeiter (1885 ; Provinz Rheinland): Krankheitsfälle und Krankheitstage; Ausgaben für ärztliche Behandlung und für Arzneimittel; Verwaltungskosten
- Statistik der allgemeinen Heilanstalten (1880 bis 1885 ; Regierungsbezirk Düsseldorf): Krankenbewegung nach Krankheitsformen; Verpflegungstage; Besitzverhältnisse und Größe der Anstalten; Kranke nach Altersklassen; Gestorbene nach Altersklassen; Kranke nach Aufnahmezeiten; Gestorbene nach Sterbemonaten; Beruf der behandelten männlichen Erwerbstätigen; Todesfälle nach Art der Anstalten
- Statistik der Irrenanstalten (1880 bis 1885; Provinz Rheinland): Zugang, Abgang und Bestand an Patienten nach Krankheitsformen

Aus der frühen Kaiserzeit (1886) liegen aus der Statistik der preußischen Landesuniversitäten die folgenden Daten für die Universität Bonn vor (andere Institutionen mit Universitätsrang gab es zu dieser Zeit im Rheinland noch nicht): Lebensalter, Vorbildung, Studienalter (Semesterzahl), „Gebürtigkeit“ (Geburtsregion), Wohnsitz der Eltern, Religionsbekenntnis und Militärverhältnis der Studierenden; Beruf und Berufsstellung der Väter der Studierenden; Wechsel der Fakultät oder der Universität; „Benefiziengenuss“ (Stipendien, Gebührenerlass, Freitische u.ä.)

Zur späten Kaiserzeit gibt es besondere Daten für die Städte Duisburg und Düsseldorf über die folgenden Merkmale.

- Volkszählung (1910): Fläche, Wohnstätten und Wohngebäude, Haushaltungen, Anstalten; ortsanwesende Bevölkerung nach Religionsbekenntnis, Geschlecht, Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit; Kinder im ersten Lebensjahr nach Geburtsmonaten; in konfessionellen Mischehen lebende Ehepaare und deren

- Kinder; Gebrechliche nach Art der Behinderung, Religionsbekenntnis, Alter, Beruf; aktive Militärpersonen
- Berufszählung (1907): Bevölkerung nach Haupt- und Nebenberuf, Alter, Familienstand, Religionsbekenntnis, „Gebürtigkeit“ (Geburtsregion)
 - Laufende Bevölkerungsstatistik (1909): Geborene (lebend bzw. tot; ehelich bzw. unehelich) nach Geburtsmonat und Religionsbekenntnis der Eltern; Mehrlingsgeburten; Eheschließende nach Monat, Alter, bisherigem Familienstand, Religionsbekenntnis; Heiraten zwischen Blutsverwandten; Gestorbene nach Monat, Alter, Familienstand, Ehedauer, Religionsbekenntnis; Säuglings- und Kindersterblichkeit; Bevölkerungsstand
 - Todesursachenstatistik (1907): Sterblichkeit nach Todesursachen und Alter der Gestorbenen; venerische Krankheiten und Alkoholismus als Todesursache
 - Statistik der öffentlichen Volksschulen (1911): Schulorte, Schulverbände, Schulstellen; konfessioneller Charakter der Schulen; Schuleinrichtungen (Klassenräume, Klassen, Turnhallen, besondere Wohlfahrtseinrichtungen); Einschulung der Kinder im schulpflichtigen Alter und Schulreife nach erfüllter Schulpflicht; lehrplanmäßiger Aufbau und Klassenzahl; Lehrer; Schüler nach Religionsbekenntnis und Familiensprache; Religionsunterricht durch Geistliche; Einkünfte, Unterhaltungskosten und Bauschuld der Schulen; Dienstwohnungen der Lehrer
 - Statistik der Verbraucherpreise (1909): Preise für Konsumgüter (verschiedene Nahrungsmittel, hervorgehoben Fleisch, und sonstige Waren) in den einzelnen Monaten
 - Wirtschaftsrechnungen (1909): Einzeldaten über aufgegliederte Einnahmen und Ausgaben der erfassten („minderbemittelten“) Familien
 - Ergebnisse der Reichstagswahlen (1912): Wahlergebnisse in den Großstädten
 - Gewerbliche Betriebsstatistik (1907): Haupt- und Nebenbetriebe nach Gewerbearten; beschäftigte Arbeiter und sonstige Personen (nach Geschlecht, Familienstand, Alter); Hausgewerbe als Haupt- oder Nebenbetrieb; Verkaufsstellen von Gewerbebetrieben; motorische Kraft, Pferdestärken, Wasserkraft, Dampfkraft, Elektrizität; öffentliche Betriebe

Darüber hinaus stehen Daten über die folgenden Merkmale nur für Duisburg und Düsseldorf einschließende größere Gebiete zur Verfügung.

- Kriminalstatistik (1909; Regierungsbezirk Düsseldorf): Vergehen gegen den Arbeitsschutz ; strafbare Handlungen nach dem Ort der Tat und nach Deliktarten; verurteilte Personen nach Alter, Geschlecht, Religionsbekenntnis
- Kriminalstatistik (1909; Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf): strafbare Handlungen; abgeurteilte Personen; Freisprechungen; Verurteilungen (darunter Jugendlicher); Angeklagte, Vorbestrafungen, Strafen; Sitz des erkennenden Gerichts
- Statistik der Streiks und Aussperrungen (1909; Provinz Rheinland): beendete Streiks und Aussperrungen; betroffene Betriebe und Beschäftigte; Berechtigung des Arbeitskampfes; erhobene Forderungen; Erfolg, Art der Beendigung und Unterstützung des Arbeitskampfes durch Dritte; Folgen des Arbeitskampfes
- Statistik der Krankenversicherung (1909; Provinz Rheinland): Erkrankungsfälle und Krankheitstage; Einnahmen und Ausgaben (unter anderem für ärztliche Behandlung und Arzneimittel, Verwaltungskosten) der Kassen

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

- Statistik der allgemeinen Heilanstalten (1906; Regierungsbezirk Düsseldorf): Bestand und Abgang an Patienten nach Krankheitsformen; Betten, Verpflegte, Verpflegungstage; Todesfälle nach Art der Anstalten
- Statistik der Irrenanstalten (1906; Provinz Rheinland): Bestand, Zugang und Abgang an Patienten nach Krankheitsformen
- Ergebnisse der Reichstagswahlen (1912 ; Wahlkreise Düsseldorf und Mülheim/Ruhr -Duisburg): Wahlergebnisse nach Ortsgrößenklassen; gewählte Abgeordnete und ihre Gegenkandidaten; Bestandteile der Wahlkreise und ihre Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit

Die Statistik der preußischen Landesuniversitäten liefert für die späte Kaiserzeit (1908) die folgenden Daten für die Universität Bonn (als weitere Institution mit Universitätsrang gab es zu dieser Zeit im Rheinland nur die Technische Hochschule Aachen, die aber in der Statistik der Landesuniversitäten nicht erfasst wurde): Heimat, Staatsangehörigkeit, „Gebürtigkeit“ (Geburtsregion), Vorbildung, Lebensalter, Studienalter (Semesterzahl), Militärverhältnis, Fakultätswechsel, Universitätswechsel und Religionsbekenntnis der Studierenden; Beruf der Väter der Studierenden; finanzielle Unterstützung der Studierenden (Stipendien, Gebührenerlass, Freitische u.ä.)

Die im Kapitel 3 erwähnte Wohnungszählung 1910 war keine Statistik im üblichen Sinn, sondern lieferte nur Angaben einzelner Städte (Duisburg und Düsseldorf gehören nicht dazu) aus dem „städtischen Wohnungsnachweis“ über die Größe des Wohnungsangebotes bzw. den Gesamtbestand an Wohnungen sowie über bauaufsichtliche Beanstandungen.

Zur Zeit der Weimarer Republik wurden gesonderte Daten für die Städte Duisburg und Düsseldorf über die folgenden Merkmale ermittelt.

- Volkszählung (1925): Fläche; Wohnbevölkerung und ortsanwesende Bevölkerung; Bevölkerung nach Alter, Familienstand, Zugehörigkeit zu Religionsgesellschaften, Staatsangehörigkeit, Muttersprache, Wohnsitz bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges; Haushaltsstärke
- Berufszählung (1925): Erwerbstätige nach Hauptberuf, Alter, Familienstand; Bevölkerung nach Haupt- und Nebenberuf; Haushaltungen nach dem Beruf des Haushaltsvorstandes; Familien nach dem Beruf des Familienvorstandes
- Gebäude- und Wohnungszählung (1927): Gebäude nach der Zahl der Wohnungen; Wohnungen nach Größe (Zahl der Wohnräume), Zahl der Bewohner, Art der Belegung mit Haupt- und Untermietern; Wohndichte (Belegungsstärke der Wohnräume); verwandtschaftliche Beziehungen zwischen Haupt- und Untermietern; Wohnungsbedarf und Unterlagen für seine Beurteilung; Einzelpersonen mit eigener Wohnung; Wohnweise der kinderreichen Familien; Finanzierung des Wohnungsbaus; Auslandseigentum an bebauten Grundstücken und an Wohngebäuden
- Laufende Bevölkerungsstatistik (1927): Wohnbevölkerung, Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle; eheliche und uneheliche Fruchtbarkeit; Kindersterblichkeit
- Statistik der Verbraucherpreise (1927): Preise verschiedener Lebensmittel (hervorgehoben Fleisch, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Mehl u.a.)
- Wirtschaftsrechnungen (1927/28): Einzeldaten über aufgegliederte Einnahmen und Ausgaben der erfassten Haushaltungen (darunter gesonderter Nachweis der

- Haushaltungen vor, nach und während der Erwerbslosigkeit des Haushaltungsvorstandes); verbrauchte Mengen an Nahrungsmitteln
- Statistik der öffentlichen Armenpflege/Fürsorge (1929): unterstützte „Parteien“, Unterstützungsursachen, Fürsorgekosten; Leistungen, Verwaltungskosten und Einnahmen der öffentlichen Fürsorge und der öffentlichen Jugendhilfe
 - Ergebnisse der Reichstagswahlen und der preußischen Landtagswahlen (1928): Wahlergebnisse in den Stadtkreisen
 - Gewerbliche Betriebszählung (1925): Betriebe bzw. Niederlassungen und technische Betriebseinheiten nach Gewerbearten; beschäftigte Personen (darunter Frauen, darunter Arbeiter); Kraftmaschinenverwendung und Leistung der Maschinen

Daten über die folgenden Merkmale liegen darüber hinaus nur für Duisburg und Düsseldorf einschließende größere Gebiete vor.

- Statistik der Krankenversicherung (1927; Provinz Rheinland): Krankheitsfälle, Krankheitstage, Wochenhilfefälle, Sterbefälle; Ausgaben für Krankenhilfe
- Statistik der öffentlichen Volksschulen (1926; Regierungsbezirk Düsseldorf): Schulorte, Schulverbände, Schulstellen; konfessioneller Charakter der Schulen; Schuleinrichtungen (Gebäude, Räume, Klassen, besondere Unterrichtsangebote, Turnhallen, Schulhöfe, Schulgärten, Schularzt, Landheime, Bücherei u.a.); Einschulung der Kinder im schulpflichtigen Alter und Schulreife nach erfüllter Schulpflicht; Schulen nach der Anzahl ihrer Stufen, Klassen, Unterrichtsabteilungen und Schulstellen; Lehrer nach Geschlecht, Fachrichtung und Religion; Schüler nach Religionsbekenntnis; Religionsunterricht durch Geistliche; Dienstwohnungen der Lehrer

Die Statistik der preußischen Landesuniversitäten weist in der Zeit der Weimarer Republik (1926) für die einzelnen im Rheinland bestehenden Institutionen mit Universitätsrang (Universität Bonn, Universität Köln, Technische Hochschule Aachen, Medizinische Akademie Düsseldorf) Daten über die Studierenden nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Religionszugehörigkeit sowie über den Beruf und die Berufsstellung der Väter der Studierenden aus.

7. Die frühe Kaiserzeit

(Verfasser: Massamba Sassoum Ndiaye)

Obwohl in der frühen Kaiserzeit keine modernen Informationssysteme wie Datenbanken vorhanden waren, wurden durch statistische Erhebungen umfangreiche Datensammlungen angelegt. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wurde Statistik zur Modeerscheinung, und zwar sowohl als akademische und wissenschaftliche Disziplin für hochrangige Beamte als auch als literarische Gattung. Zu dieser Zeit gab es viele Veränderungen in Europa. Viele Mächte stiegen auf und ab, erweiterten ihren Aktionshorizont und gerieten miteinander in Konkurrenz. Die verschiedenen Staaten wurden mit Hilfe der Statistik miteinander nach ihren geschichtlichen Grundlagen und ihrer Wirtschaft verglichen. Gerade das ökonomische Interesse hatte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zentrale Bedeutung. Für die Statistiker hing die Macht eines modernen Staates von seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und seiner quantitativen und qualitativen

Bevölkerungskraft ab. Wenn eine leistungsstarke Ökonomie eines Staates entstand, war es für die Statistiker eine vorrangige Aufgabe, der Öffentlichkeit zu berichten, die Entwicklung zu erforschen, zu beschreiben und darüber zu diskutieren. Aber die Statistiker haben nicht nur die Wirtschaft erforscht, sondern auch das Bevölkerungswachstum, die Todesursachen und viele andere Bereiche der Gesellschaft. Obwohl die Statistik ursprünglich keine „moralischen Zwecke“ hatte, haben die einen oder anderen Ergebnisse zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Staatsführung geführt. Dank der Bevölkerungsstatistik konnte zum Beispiel der Kaiser wissen, wie viele Soldaten zur Verfügung standen, und die Kenntnis der Zahl der Berufstätigen führte dazu, dass man eine bessere Steuerpolitik gestalten konnte. Andererseits hat zum Beispiel die Statistik der Todesursachen dazu geführt, dass neue Krankheitserscheinungen identifiziert wurden und die Mediziner versuchen konnten, solche Krankheiten zu bekämpfen.

Im Rahmen des Forschungsprojekts „Leben in Deutschland im Spiegel der historischen Statistik“ haben Studentinnen und Studenten die Ergebnisse sowie die Methoden der verschiedenen statistischen Erhebungen untersucht. In diesem Kapitel 7 geht es um Daten zu den Themen Todesursachen, Krankenversicherung, Schulen, Berufszählung, Gewerbebetriebe, Volkszählung, öffentliche Armenpflege sowie Heilanstalten und Irrenanstalten. Diese Daten wurden in der frühen Kaiserzeit ermittelt. Im Folgenden werden nacheinander Ergebnisse der einzelnen Statistiken für die Städte Düsseldorf und Duisburg – teilweise auch für größere Gebietseinheiten bis zum preußischen Staat – analysiert.

Im Jahr 1880 hatte der Staat Preußen eine Fläche von 348 257,6 Quadratkilometer und 27 279 111 Einwohner. Unabhängig von der Einwohnerzahl muss man zunächst die Geburtszahlen betrachten, um die Zahl der Bevölkerung richtig zu bewerten. Im Jahr 1880 wurden im gesamten Deutschen Reich 1 730 437 Menschen geboren, und 1 152 283 Menschen starben. Wenn man sich diese Zahlen genau anschaut, dann fällt deutlich auf, dass die Sterblichkeitsrate sehr hoch war. Das liegt wahrscheinlich daran, dass die medizinische Versorgung sowie die hygienischen Bedingungen schlecht waren. Die Medizin war damals noch nicht soweit fortgeschritten wie heute, und so wurden viele Infektionskrankheiten erfolglos behandelt. Es gab auch viel mehr Geburten als später. Das liegt zum Teil daran, dass es zu dieser Zeit keine Verhütungsmittel gab. Neben den zahlreichen Geburten gab es auch viele Totgeborene, weil die medizinische Betreuung der Geburten unterentwickelt war.

Mit der ortsanwesenden Bevölkerung war jene gemeint, die am Tag der Volkszählung von den Zählern in ihrem Gebiet angetroffen wurde. Auch Personen, die nur für eine bestimmte Zeit dort wohnten – wie Studenten, Hotelpersonal, Schiffsleute, Soldaten und ausländische Gastarbeiter – wurden der ortsanwesenden Bevölkerung zugerechnet. Die Definition von „Bevölkerung“ stellt allerdings ein Problem dar. In der Statistik unterscheidet man zwischen Ortsangehörigen (Bürgerrecht in der Gemeinde), Wohnbevölkerung (Wohnsitz der Familie) und ortsanwesender Bevölkerung (zum Zeitpunkt der Zählung am Ort anwesend). In den historischen Quellen ist nicht immer eindeutig geklärt, welcher Teil der Bevölkerung gezählt wurde; besonders zwischen Wohnbevölkerung und ortsanwesender Bevölkerung wird gewechselt. Im Jahr 1880 waren zum Zeitpunkt der Volkszählung 95 458 Ortsanwesende in Düsseldorf und 41 242 in Duisburg. In Düsseldorf lebten also schon damals viel mehr Menschen, und so ist es bis heute geblieben, und zwar nicht nur, weil Düsseldorf eine größere Fläche als Duisburg hatte. Vielmehr war und ist für viele Menschen Düsseldorf auch attraktiver als Duisburg. Dazu kam auch die Zuwanderung in Düsseldorf. Nach der Reichsgründung 1871 kam es zu einem Boom der Gründung von vielen Firmen. Nach 1890 beschleunigte sich diese

Entwicklung sogar noch zur Phase der Hochindustrialisierung. Düsseldorf wurde zu einer der reichsten Städte Deutschlands. Die Industrialisierung der Städte führte dazu, dass Düsseldorf und auch Duisburg attraktiver wurden. Düsseldorf entwickelte sich immer mehr zu einem Handels- und Verwaltungszentrum, während Duisburg hauptsächlich die Arbeiterstadt blieb. Es gab damals viele Fabriken in Duisburg, und somit hatte sich Duisburg in eine reine Industriestadt entwickelt. Düsseldorf hatte mit seinem Glanz viel mehr Menschen angezogen. Die Ergebnisse nach den verschiedenen Bevölkerungsbegriffen wichen voneinander ab. Die Zahl der Wohnbevölkerung (95 187 in Düsseldorf und 40 726 in Duisburg) beweist, dass zum Zeitpunkt der Erhebung im Jahr 1880 nicht alle Einwohner der Stadt zu Hause waren oder dass Zugereiste sich vorübergehend in der Stadt aufhielten. Das kann daran liegen, dass die Erhebung im Juni stattfand, und das war schon der Anfang der Sommer- und Reisezeit. Dadurch waren vielleicht viele Menschen schon in Urlaub und befanden sich zu der Zeit außerhalb ihres Wohnsitzes. Gerade in stark industrialisierten Städten waren die Menschen froh, wenn sie im Urlaub in die frische Luft fahren konnten. Allerdings war das Reisen damals ein teurer Luxus, den sich nicht jeder leisten konnte. Es war ein Privileg der Reichen. Wegen der Auswirkung der Urlaubs- und sonstigen Reisen wurden bei der Erhebung die ortsanwesende und die Wohnbevölkerung gesondert erfasst. Der Vorteil dieser Unterscheidung war, dass die Wohnbevölkerung ohne Verzerrung durch zufällig Anwesende ausgewiesen werden konnte.

Heute hat die Bevölkerungszahl sehr stark zugenommen, weil die Städte viel attraktiver geworden sind und die medizinische Versorgung besser geworden ist. Ein sehr wichtiger Faktor des Bevölkerungszuwachses ist darüber hinaus die Anwesenheit von vielen Ausländern. Noch nie gab es so viele Ausländer in Düsseldorf und Duisburg. Insgesamt leben heute in Deutschland mehr als 7,5 Millionen Ausländer, das sind fast 10% der gesamten Bevölkerung.

Wegen der Bedeutung des Bildungswesens ist auch die Schulstatistik eine besonders wichtige Statistik. Im Jahr 1886 gab es im preußischen Staat 34 016 Schulen. Das Thema Schule war schon damals für die Statistik ziemlich schwierig. Es gab in erster Linie die öffentliche Volksschule, die Schule des Volkes. Eltern, die kein Geld hatten – und das war oft der Fall – mussten ihre Kinder zur öffentlichen Volksschule schicken. Nur Reiche schickten ihre Kinder in die privaten Schulen. Im Prinzip ist es bis heute dabei geblieben. Es gibt immer noch Universitäten, in die man als Armer nicht hineinkommt. Das ist der Fall zum Beispiel in Amerika oder England oder auch in Frankreich.

Die Bedeutung der Schulstatistik zeigt sich auch darin, dass sie das Thema eines der ersten nach Ende des Ersten Weltkrieges veröffentlichten großen Statistikkbände war (erschieden im Jahr 1921). Wegen unzureichender finanzieller Zuschüsse aus der Staatskasse war die Veröffentlichung allerdings unvollständig. Sie war aber notwendig, weil das Inkrafttreten des neuen Grundschulgesetzes im Jahr 1920 wesentliche Änderungen mit sich brachte. Nun mussten alle Kinder eines Altersjahrgangs vier Jahre lang die Grundschule besuchen. Die von dem Gesetz eingeführte Altersgliederung der Kinder hatte erhebliche Auswirkungen auf die in der Statistik ausgewiesenen Schülerzahlen. Diese waren ab 1921 mit den früheren Zahlen nicht voll vergleichbar.

Die öffentliche Armenpflege wird heute Sozialhilfe genannt. Im Jahr 1885 hatte Düsseldorf 115 190 und Duisburg 47 519 Einwohner. In Düsseldorf gab es 6710 und in Duisburg 2326 Menschen in der öffentlichen Armenpflege. In Düsseldorf wohnten 1158 und in Duisburg 409 Personen in Armenhäusern. In Düsseldorf wurden im Jahr 1885 ca. 349 818 Reichsmark (52,13 pro Unterstützten) und in Duisburg 140 264 Reichsmark (60,30 pro Unterstützten) ausgegeben. Dagegen gab Düsseldorf im Jahr 2001 je

unterstützten Sozialhilfeempfänger 4554 DM aus; die Währungen Reichsmark und DM sind allerdings nicht vergleichbar. Das Geld für die Unterstützten stammte in der Kaiserzeit von den sog. Ortsarmenverbänden, den Landesarmenverbänden und anderen Institutionen. In Düsseldorf lebten im Jahr 1885 576 und in Duisburg 115 Personen durch Arbeitslosigkeit in Armut. In Düsseldorf waren 401 Personen durch große Kinderzahl in Armut geraten. Das liegt sicherlich daran, dass es damals keine Verhütungsmittel gab, und daher wurden oft Kinder gezeugt, ohne dass man an die Folgen dachte. Die unterstützten Armen waren entweder privat oder in Anstalten untergebracht. Meistens wollten die Armen lieber in den Anstalten leben als in den Familien, wo sie oft durch Vernachlässigung hungerten oder an schlechten hygienischen Bedingungen oder seelischer Misshandlung litten. In Düsseldorf lebten 80,74% der Armen privat und 17,26% in Armenhäusern. In Duisburg lebten 82,4% privat und 17,5% in Armenhäusern.

Auch Arme wollen mit Recht als Menschen in Würde leben und nicht auf der Straße vegetieren. Man sollte die Armen nicht in geschlossene Räume sperren, wo sie sich wie Gefangene fühlen und das Leben als Qual empfinden. Sie fühlen sich dann abgeschnitten vom Rest der Welt. Es wird immer Arme geben, obwohl es andererseits sehr viel Geldverschwendung auf der Welt gibt. Aber nur den wirklich Armen sollte geholfen werden, die tatsächlich kein Geld haben, um sich ihre Existenzsicherung leisten zu können. Bei einem jungen Mann, der sich weigert, arbeiten zu gehen, sollte man streng bleiben und jede Hilfe ablehnen, sowohl von staatlicher als auch von privater Seite. Heutzutage haben es die Sozialhilfeempfänger besser, weil der Staat für sie mehr Geld zur Verfügung stellt als früher. Die Leute waren früher arm; sie sind aber arbeiten gegangen oder haben es zumindest versucht. Sie wurden im Vergleich zu heute sehr schlecht bezahlt. Wenn man heute nicht genug Geld bekommt, kündigt man seinen Job und meldet sich arbeitslos und erhält Arbeitslosengeld, das ehrliche Menschen brav seit Jahren eingezahlt haben. Die Lebensbedingungen waren in der Kaiserzeit viel schlimmer. Insbesondere hätte man kein Arbeitslosengeld bekommen.

Die Bestandsaufnahme und Verteilung der Erwerbspersonen auf Wirtschaftszweige war Gegenstand der Berufszählung des Jahres 1882. Durch die Entstehung industrieller Großbetriebe fielen Betriebszweck und ausgeübte Tätigkeit an vielen Arbeitsplätzen immer offensichtlicher auseinander. Innerhalb der Erwerbsstatistik werden bis heute grundsätzlich zwei Ansätze zur Erfassung der menschlichen Arbeitsleistung unterschieden, und zwar zum einen die Erfassung der Erwerbstätigkeit im Zusammenhang mit der Bevölkerung und zum anderen die Untersuchung der Beschäftigung im wirtschaftlichen Kontext. Nach dem Kriterium der Stellung im Beruf werden in Deutschland seit über hundert Jahren dieselben Kategorien unterschieden (Selbständige, Mithelfende Familienangehörige, Beamte, Angestellte und Arbeiter, Lehrlinge). In Düsseldorf lebten im Jahr 1882 99 998 und in Duisburg 42 238 Menschen. Bei den Hüttenbetrieben kam Düsseldorf mit 11 Betrieben auf 2957 Mitarbeiter und Duisburg mit 8 Betrieben auf 1620 Mitarbeiter. Bei der Eisengießerei und Emaillierung hatte Düsseldorf 9 Betriebe und Duisburg 3 Betriebe; die Anzahl der Mitarbeiter war hier in Düsseldorf viermal so hoch wie in Duisburg. Im chemischen Gewerbe beschäftigte Düsseldorf mit 8 Betrieben 100 Mitarbeiter und Duisburg mit 7 Betrieben 620 Mitarbeiter. Obwohl die Einwohnerzahl von Düsseldorf ca. doppelt so groß war wie die von Duisburg, ist festzustellen, dass die Chemiebranche ein besonders wichtiger Wirtschaftssektor in Duisburg war. Nach der Anzahl der Mitarbeiter in der Fabrikation von Maschinen und Geräten ist der Vergleich zwischen Düsseldorf und Duisburg ebenfalls sehr aufschlussreich. Während Düsseldorf in dieser Branche mit 30 Betrieben

1272 Mitarbeiter beschäftigte, hatte Duisburg 4 Betriebe und 1064 Mitarbeiter. Hier sieht man wieder, dass trotz der geringeren Anzahl der Betriebe Duisburg eine echte Industriestadt war. Es ist anzunehmen, dass trotz der insgesamt größeren Einwohnerzahl von Düsseldorf in Duisburg mehr Arbeiter ansässig waren.

In den Jahren 1877 bis 1906 stieg die Zahl der Irrenanstalten in Preußen sehr stark von 137 auf 355. Im Rheinland stieg die Zahl der Irrenanstalten von 38 auf 70. Die Aufnahme von Patienten nahm drastisch zu, im Rheinland von 3 007 auf 13 241 Insassen, im ganzen Staat Preußen sogar von 15 150 auf 75 009 Insassen. Die hohe Zahl der Patienten wurde ein Problem, weil die Anstalten überfüllt waren. Der Andrang auf die Anstalten lag zum Teil daran, dass die Pflege in den Familien außerhalb der Anstalten oft nur unter sehr ungünstigen Bedingungen möglich und daher umstritten war. Nachdem mehrere Medizinkomplexe gebaut worden waren, verteilten sich die Patienten auf mehr Anstalten, so dass diese nicht mehr so überfüllt waren. Die öffentlichen Anstalten wurden vom Staat, von den Provinzialverbänden, von den Kreisverbänden oder von den Verbänden der politischen Gemeinden betrieben. Im Vergleich zu heute waren die Unterbringungs- und Pflegebedingungen sowie der Zustand der Patienten allgemein sehr schlecht. Unter den Patienten der Anstalten befanden sich weniger Frauen als Männer, so dass scheinbar Frauen weniger von Geisteskrankheit betroffen waren als Männer. Dies wäre jedoch ein Trugschluss. Nach Dr. med. Albert Guttstadt waren Frauen dem Haushalt zugeordnet und wurden daher häufiger bei einer Geisteskrankheit in ihrer Familie gepflegt. Der Mann war dagegen als finanzieller Versorger der Familie von größerer Wichtigkeit, so dass seine medizinische Versorgung in einer Anstalt, deren Kosten vor der Gründung der Krankenkassen meist privat zu begleichen waren, wegen der Aussicht auf schnellere Heilung bereitwilliger finanziert wurde. Im Jahr 1885 waren 46% weibliche und 54% männliche Patienten in den preußischen Irrenanstalten. In den allgemeinen Heilanstalten waren trotz der zahlreichen Entbindungskliniken sogar nur 34% Frauen und 66% Männer. Das liegt daran, dass die schwierigen Arbeitsbedingungen der Männer eher zur Notwendigkeit einer Anstaltsbehandlung führten.

Problematisch war die Klassifizierung der verschiedenen Geisteskrankheiten. Damals war die Medizin nicht so weit entwickelt, um manche Krankheiten identifizieren zu können. Im Jahr 1877 hatten 20% der Patienten Symptome von Melancholie und 14% der Patienten Anzeichen von Manie. Andere Krankheiten wurden als Seelenstörung diagnostiziert. Weitere Patienten wurden als „Idioten“ bezeichnet. Interessant wäre zu wissen, ob auch früher der Stress bei manchen Patienten sichtbar war. Der Stress ist ein generelles Reaktionsmuster, das Menschen und auch Tiere als Antwort auf erhöhte Beanspruchung zeigen. Der Mensch passt sich nur schwer an die von ihm selbst veränderte Welt an. Diese künstliche Umwelt ist voller Zwänge, die unserer Energie und der Umsetzung unserer Wünsche Grenzen setzen. Stress ist häufig durch die Arbeitswelt bedingt. Die Arbeit führt zu nervöser Überbeanspruchung (schneller Arbeitstakt, Lärm, Angst vor Arbeitsunfällen, Zeitdruck, Einsamkeit, Angst vor Arbeitslosigkeit). Zunehmend treten nervöse Beschwerden (Depressionen, Schlaflosigkeit, sexuelle Probleme) auf, die eine starke Einnahme von Beruhigungsmitteln beziehungsweise Konsum von Alkohol und Tabak nach sich ziehen. Dies lindert aber nicht die Beschwerden, sondern verstärkt sie. Der Stress ist heutzutage sehr häufig infolge der verbreiteten Hektik.

Findet der betroffene Mensch keine Therapie, kann es zur Ausbildung einer Depression oder zu Beschwerden kommen, die, wie zum Beispiel Magengeschwüre, nur noch indirekt psychisch bedingt sind.

Die Statistik der Krankenversicherung (der Arbeiter) setzte sich aus Informationen zusammen, welche die Krankenkassen aufgrund von Bestimmungen des Bundesrates auf Formularen darlegen mussten. Dies geschah jedes Jahr. Die Formulare wurden den Kassen übermittelt. Die Formulare bestanden aus zwei Teilen. Auf dem ersten Formularteil musste die Krankenkasse Angaben über ihre Mitglieder, die Krankheitstage und die Krankheitsfälle machen. Der zweite Formularteil diente der Erhebung des Rechnungsabschlusses, der Einnahmen und Ausgaben und des Vermögens sowie der Schulden des Jahres. Im Regierungsbezirk Düsseldorf gab es am Anfang des Jahres 1885 654 Krankenkassen. Darunter waren 485 Betriebskrankenkassen. Bereits in diesem Jahr zeichnet sich eine deutliche Zunahme der Krankenkassen ab. Am Ende des Berichtsjahres war die Zahl der Krankenkassen auf 817 gestiegen. Im Regierungsbezirk Düsseldorf gab es zu Beginn des Jahres 1885 199 173 Versicherte. Darunter waren 105 293 in Betriebskrankenkassen versichert. 30 505 versicherte Personen waren weiblich, das entspricht einem Anteil von 15%. Die geringe Zahl der Frauen erklärt sich dadurch, dass die meisten Arbeiter Männer waren. Das heißt nicht, dass es so wenige Frauen gab, die arbeiteten. Aber die besonders gesundheitsgefährdende Arbeit zum Beispiel im Hoch- und Tiefbau wurde meist von den Männern geleistet, weil sie eine große körperliche Anstrengung erforderte. Die Zahl der Versicherten stieg im Regierungsbezirk Düsseldorf bis zum Ende des Jahres 1885 auf 266 248. Viele Arbeiter konnten sich nur mit Hilfe ihrer Firmen versichern, weil die Beiträge wahrscheinlich für die Menschen zu teuer waren. Die Krankenkassen im Regierungsbezirk Düsseldorf hatten einen Umsatz in Höhe von 4,95 Millionen Reichsmark. Die Arbeitgeber zahlten davon 3,87 Millionen Reichsmark. Man sieht, dass die Krankenkassen weit überwiegend von den Beiträgen der Firmen lebten. Die Summe der Beiträge der Mitglieder betrug 195 464 Reichsmark. Die Krankenkassen gaben im Jahr 1885 4 Millionen Reichsmark aus, darunter entfielen 1,7 Million Reichsmark auf Krankengelder und 712 658 Reichsmark auf die ärztliche Behandlung sowie die Kosten für Medikamente und Arztbesuche.

Für die Rheinprovinz wurden Daten über die Krankheitstage und Krankheitsfälle des Jahres 1885 ausgewiesen. Die Zahl der Krankheitsfälle betrug 199 196, die Zahl der Krankheitstage 2 577 895. Frauen waren in 28 530 Fällen erkrankt; das entspricht einem Anteil von 14,3%. Es sieht so aus, als ob die Leute früher sehr oft krank gewesen wären. Das erklärt auch die immensen Ausgaben der Krankenversicherung für Medikamente und Arztbesuche. Der Anteil der Frauen war auch hier gering. Die Anzahl der Betriebsunfälle war groß; aber das ist relativ normal, wenn man weiß, dass die Arbeitsbedingungen sehr schlecht waren. Die Zahl der Krankenkassen ist nach 1885 weiter gewachsen, genauso wie die Zahl ihrer Mitglieder. Die Ortskrankenkassen sind ebenfalls häufiger geworden, aber die meisten Arbeiter waren zunächst noch bei den Betriebskrankenkassen versichert. Solange die Arbeitgeber den größten Teil der Beiträge an die Betriebskrankenkassen zahlten, konnten diese trotz deutlicher Ausgabensteigerungen weiter existieren und waren für die Arbeiter finanziell vorteilhaft. Erst wenn die Arbeiter finanziell besser gestellt waren, konnten sie sich mit größerem finanziellen Eigenanteil bei den gesetzlichen Ortskrankenkassen versichern. Dies war erst in späteren Jahren in größerem Umfang möglich.

Die Statistik der Todesursachen ist eine besonders schwierige Statistik. Sie erfordert medizinische Kenntnisse, um überhaupt die Todesursache festzustellen und die zugrundeliegende Krankheit zu identifizieren. Die medizinische Versorgung spielt hier eine wichtige Rolle. Heutzutage ist die Medizin so weit entwickelt, dass die Ärzte sehr

früh Krankheiten erkennen und bekämpfen mit Tabletten oder Spritzen, die es früher gar nicht gab. Wenn man sich die Todesursachen von 1882 anschaut, dann stellt man fest, dass Krankheiten wie Tuberkulose, Lungenentzündung und Krebs die wichtigsten Todesursachen waren. Dies sind vor allem Krankheiten, die von den hygienischen Bedingungen abhängig sind. Früher starben besonders viele Menschen an Tuberkulose. Gefährdet war vor allem die Altersgruppe zwischen 20 und 50 Jahren, weil das die berufstätige Gruppe ist. Wir wissen, dass die Leute unter sehr schlechten Bedingungen gearbeitet haben. Der Arbeitsschutz war kaum vorhanden; so waren zum Beispiel die Bergleute besonders gefährdet. Auch die allgemeinen Lebensbedingungen waren zu dieser Zeit sehr schlecht. Die Menschen waren viel mehr Gefahren ausgesetzt als heute. Im Berufsleben können – damals noch mehr als heute – Gesundheitsrisiken auftreten. Physikalische Faktoren können eine Verletzungsgefahr darstellen und Erwerbsunfähigkeit, Invalidität oder gar den Tod verursachen. Sie sind die häufigste Unfallursache und treten insbesondere im Hoch- und Tiefbau und bei jeglicher Beschäftigung auf, bei der sich Bewegungsabläufe wiederholen. Bei Arbeiten im Freien und bei tiefen Temperaturen treten hauptsächlich Erfrierungen auf; bei übermäßig hohen Temperaturen dagegen kann nicht akklimatisiertes Personal sich eine Hyperthermie zuziehen, die ohne Behandlung immer zum Tod führt. Im Gegensatz zu heute haben sich die Leute früher schlecht ernährt, weil sie sich keine qualitative Mahlzeit leisten konnten. Heute ernähren sich die Menschen schlecht, weil die Lebensmittelindustrie viel zu viel „Schrott“ produziert. Die Leute haben heute zwar einen viel besseren Lebensstandard als früher. Man verdient viel mehr Geld als früher. Die Ernährung ist aber vielfach ungesund und damit die Ursache von Krankheiten wie Übergewicht, was zum Beispiel zu einem Herzinfarkt führen kann. Fettleibigkeit und Übergewicht werden heute als Krankheit betrachtet und nicht mehr nur als von der Mode beeinflusste Faktoren. Übergewicht ist ein Risikofaktor, insbesondere bei kardiovaskulären Erkrankungen. Die Lungenentzündung ist genau wie die Tuberkulose eine Krankheit, die durch schlechte hygienische Bedingungen verursacht wird. Im Tiefbau arbeiteten die Leute damals unter unmenschlichen Bedingungen. Aus diesem Grund – und nicht, wie viele denken, wegen der Zigaretten – hatten die Arbeiter so oft eine Lungenentzündung. Man kann feststellen, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen früher deutlich die Gesundheit der Menschen beeinflusst haben. Wenn die damaligen Menschen den heutigen „Luxus“ gehabt hätten, hätten nicht Krankheiten wie Tuberkulose oder Lungenentzündung so viele getötet. Im Jahr 1882 war die Lebenserwartung im Vergleich zu heute gering, weil die Menschen schon in sehr jungem Alter mit der schweren Arbeit anfangen und im Alter ab 50 Jahren die körperlichen Belastungen nicht mehr ertragen konnten. Demgegenüber sind die heute dominierenden Todesursachen wie Krankheiten des Kreislaufsystems oder Herzinfarkt ein Beweis dafür, dass ein besserer Lebensstandard zwar mit einer hohen Lebenserwartung verbunden ist, aber auch – über das Problem der Finanzierung der Altersrenten hinaus – manche Nachteile verursachen kann.

8. Die späte Kaiserzeit

(Verfasserin: Anke Dahlhoff)

Die Aufgabe bestand darin, Daten unterschiedlicher Themengebiete aus historischen Statistiken der späten Kaiserzeit für die Städte Düsseldorf und Duisburg mit den aktuellen Daten derselben Städte zu vergleichen und historische Daten in einer modernen Form darzustellen. Folgende Themen sind – neben einigen anderen – behandelt worden: Schulstatistik, Verbraucherpreise, Volkszählung, Todesursachen, laufende Bevölkerungsstatistik, Gewerbebetriebe, politische Wahlen, öffentliche Armenpflege,

Heilanstalten und Irrenanstalten, Krankenversicherung, Streiks und Aussperrungen, Kriminalstatistik. Die historischen wie die aktuellen Daten stammen vor allem aus dem Archiv des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik in Düsseldorf.

Mit der Gründung des Deutschen Kaiserreiches 1871 entfaltete sich ein neuer Nationalismus in einem Großstaat, der im Inneren eine überaus dynamische Entwicklung erlebte. Das Bevölkerungswachstum hielt auf einem hohen Niveau an. Man bezeichnete das Kaiserreich vor 1914 auch als ein „junges Land“, weil immer mehr Leute hinzuzogen. Seit den siebziger Jahren setzte sich mit ungeahntem Tempo die Urbanisierung durch. Der Industriekapitalismus expandierte mit großen Schritten, so dass Deutschland in der internationalen Rangskala schließlich an zweiter Stelle hinter den Vereinigten Staaten, aber vor England – dem Pionierland der „Industriellen Revolution“ – lag. Mit der modernen Marktwirtschaft bildeten sich auch die marktbedingten Erwerbs-, Besitz- und Berufsklassen zu den dominierenden Sozialformationen aus. In der Klassengesellschaft des kaiserlichen Deutschland standen sich große soziale Klassen gegenüber. Das Bildungssystem wurde weiter ausgebaut. 1919 endete das Deutsche Kaiserreich nach Abschluss des Ersten Weltkrieges.

Die Autoren der zu dem Lehrforschungsprojekt erstellten schriftlichen Ausarbeitungen haben neben den historischen und aktuellen Statistiken zusätzlich mit Sekundärliteratur gearbeitet, um Hintergrundinformationen zur Interpretation der Daten zu bekommen. Sie haben die alten Statistiken in eine neue Form umgeschrieben und versucht, die wesentlichen Punkte herauszufiltern. Alle haben zum Beispiel die großen und unübersichtlichen Ergebnistabellen der damaligen Zeit in moderne Tabellen und anschauliche Diagramme umgewandelt. Es gab keine Vorgabe für eine maßgebende Seitenzahl. Dadurch sind die Ausarbeitungen inhaltlich, formell und nach dem Umfang unterschiedlich ausgefallen. Dieser erstreckt sich von dreißig bis zu einhundertundfünfzig Seiten (in diesem Fall ist die Ausarbeitung von zwei Leuten verfasst worden). Einige Autoren sind zum Teil über die vorgegebenen Jahreszahlen ihrer zu bearbeitenden Statistik hinausgegangen und haben zur besseren Veranschaulichung Daten aus weiteren Jahren mit einbezogen. Die inhaltlichen Zusammenhänge ließen sich dadurch präziser darstellen.

Im Folgenden werden die Ausarbeitungen „Schulstatistik“ und „Todesursachen“ näher betrachtet, um Beispiele zu geben, wo Schwerpunkte gelegt worden sind. Die wichtigsten Aspekte der anderen Ausarbeitungen werden anschließend nur in Stichpunkten erläutert, um den Rahmen dieses Beitrages nicht zu überschreiten.

Die Ausarbeitung „Schulstatistik“ zum Berichtsjahr 1911 mit Vergleichsdaten aus dem Jahr 2000 enthält folgende Hauptpunkte: Welche Schulformen gab es? Wie groß waren die Schulen? Wie viele Lehrer waren vorhanden und wie viele kamen auf eine Schulklasse? Gab es mehr weibliche oder männliche Lehrer? Die Schulformen haben im 20. Jahrhundert einen großen Wandel durchlaufen. In der hier beschriebenen Ausarbeitung geht es unter anderem darum, ob es heute von Relevanz wäre, wenn zum Beispiel wieder große Klassen eingeführt würden, oder ob es von Vorteil wäre, wieder mehr geschlechtlich getrennten Unterricht abzuhalten. (PISA-Studie). Folgende Aussagen sind in den Daten von 1911 aufgefallen:

- Schulformen: Der größte Teil der schulpflichtigen Kinder in Duisburg und Düsseldorf besuchte die Volksschule. Als Vergleichsdaten aus dem Jahr 2000

wurden Angaben über Grundschulen und Hauptschulen verwendet, da diese dem damaligen Volksschulsystem entsprechen.

- Geschlechterverteilung der Lehrer: In Düsseldorf haben gleich viele Lehrer unterrichtet wie in Duisburg. Dort haben aber nur ca. 30% Frauen unterrichtet. Eventuell hat die übliche berufliche Stellung der Frau vor der Weimarer Republik eine Rolle gespielt. In dieser Zeit hatten die Frauen noch keine so hohen beruflichen Werdegänge. Hierzu enthält die beschriebene Ausarbeitung aber keine Angaben.
- Klassenstruktur: traditionelle Trennung von Mädchen und Jungen. Tendenz: hin zu gemischten Klassen. Getrennte Klassen gab es nur in großen Schulen.
- Konfession: Die Schulen haben früher oft mit den Klöstern und den Kirchen zusammengearbeitet. Auffällig ist, dass die Konfession ausschlaggebend für die Aufnahme von Schülern war. Düsseldorf war weit überwiegend katholisch. In Duisburg hatten beide Konfessionen (katholisch und evangelisch) gleiche Anteile. Duisburg hatte eine jüdische Schule. Düsseldorf hatte nur eine einzige paritätische Schule.
- Lehrer/Schüler-Verhältnis: Auf einen Lehrer kamen in beiden Städten zusammen 1911 im Durchschnitt 60 Schüler. In Düsseldorf kamen 51 Schüler auf einen Lehrer. Düsseldorf hatte in der paritätischen Schule 31 Schüler pro Lehrer. In Duisburg gab es größere Klassen; die Schulen hatten mehr Schüler, und so kamen auch mehr Schüler auf einen Lehrer. Die durchschnittliche Anzahl der Lehrer je Schule war in beiden Städten gleich.

Grund- und Hauptschulen in Duisburg und Düsseldorf im Jahr 2000:

Der Unterschied zwischen Grundschule und Hauptschule im Jahr 2000 wird dargestellt. Die Daten sind nicht mehr so detailliert angegeben wie 1911.

Die Schulen haben mit durchschnittlich 240 Schülern in der Grundschule und 350 Schülern in der Hauptschule eine kleinere Schülerzahl als die damaligen Volksschulen. Grundschule: im Durchschnitt 12 Lehrer. Hauptschule: im Durchschnitt 25 Lehrer. Die Klassen haben sich bis zum Jahr 2000 um ein Drittel verkleinert.

Es entfallen weniger Schüler auf einen Lehrer.

Vergleich zwischen 1911 und 2000:

Die Anzahl der Schulen in Duisburg ist überdurchschnittlich angestiegen, da sich das Stadtgebiet im Verhältnis zu Düsseldorf noch stärker vergrößert hat.

Die Koedukation wird als ein Ausblicksthema in Deutschland dargestellt. Ist es nicht besser, wieder getrennte Klassen bis zur Mittelstufe einzuführen?

Des Weiteren fällt auf, dass die Konfession als Kriterium für die Zusammensetzung der Schulen früher im Vergleich zu heute eine sehr dominante Rolle gespielt hat.

Die hier beschriebene Ausarbeitung ist ein Beispiel für die Aufgabe, die Entwicklung und den Vergleich der Daten anschaulich darzustellen. Zuerst werden die relevanten Daten von 1911, dann die Daten aus dem Jahr 2000 beschrieben, und im Anschluss wird ein Vergleich gezogen, aus dem sich ein Bezug zu der heutigen Schulsituation erkennen lässt. Die Ergebnisse können so für die zukünftigen Schulreformpläne in Deutschland im Zusammenhang mit der PISA-Studie an Relevanz gewinnen. Mit diesem Aufbauprinzip sind die meisten Autoren an die Aufgabenstellung herangegangen.

In der Ausarbeitung „Todesursachen“ wurden die Daten zum Berichtsjahr 1907 größtenteils nur durch Diagramme dargestellt. Trotz fehlender ausgiebiger Erläuterungen

bekommt man einen Überblick über die Ursachen der Mortalität im Vergleich zu heute. Es werden nur Daten über Todesfälle durch Krankheiten angegeben. Durch Unfälle verursachte Todesfälle werden nicht erwähnt bzw. wurden damals vielleicht nicht erhoben. Interessant in dieser Erhebung ist, in welchem Alter und warum die Leute damals und heute gestorben sind bzw. sterben. Die Sterblichkeitsraten bei jungen Menschen (Baby- bis Jugendalter) im Jahr 1907 sind deutlich höher als im Jahr 2001. Die Sterblichkeitsrate im Jahr 2001 ist dagegen bei alten Menschen (ab 60 Jahre) höher. Die Medizin und bessere Lebensumstände machen es uns heute möglich, dass die Sterberate bei Kindern niedrig ist und die Menschen immer älter werden. Auffällige Todesursachen sind zum Beispiel Erkrankungen der Atemwege, deren Anzahl im Jahr 2001 bei alten Menschen deutlich höher war als 1907, weil die Belastungen in der Luft vor allem des Ruhrgebietes durch mehr Industrie und Verkehr stark angestiegen sind. Im Jahr 2001 ist die Grippe gar nicht als Todesursache registriert worden! 1907 waren die Grippe und die Tuberkulose noch als relativ häufige Todesursache registriert, weil es keinen Impfstoff gab. Außerdem ist die Anzahl von Asthmaerkrankungen durch stärker wirkende Allergiefaktoren in der Umwelt seit 1907 gestiegen. Die gesamte Anzahl der Todesfälle ist im Verhältnis zur Bevölkerungszahl in Düsseldorf und Duisburg gleich.

Auffälligkeiten der anderen in den schriftlichen Ausarbeitungen behandelten Themen in Stichpunkten:

- Volkszählung 1910: Flächen der Städte und Stadtgebiete in Quadratkilometern; Bevölkerungsdichte pro Quadratkilometer; Wohngebäude; verschiedene Arten von „zur Wohnung bestimmten oder dienenden Gebäuden“; Anzahl der Wohnungen pro tausend Einwohner; Merkmale von Gebäuden; Ausländer; Religionen; Einwohnerzahlen; gebrechliche Personen nach Art der Gebrechen; gebrechliche Personen nach Altersklassen; gebrechliche Personen mit Berufsangabe; gebrechliche Personen in Anstalten; geistesschwache Personen mit Berufsangabe. Haushaltungen; Einzelhaushaltungen; Haushaltsvorstände und Nicht-Familienangehörige in Haushaltungen; männliche und weibliche Personen in Einzelhaushaltungen; Verteilung der Haushalte nach Anzahl der Personen; Haushaltungen mit Dienstboten; Haushaltungen mit Gewerbe- und Arbeitshilfen; Haushaltungen mit Zimmeranmietern, „Chambregarnisten“ und Schlafgängern. Hier fällt zum Beispiel auf, dass es damals ganz andere Bezeichnungen gab als heute.
- Laufende Bevölkerungsstatistik 1909: Alter der Gestorbenen nach Jahren; Gestorbene vor Vollendung des ersten Lebensjahres bzw. des ersten Lebensmonats; Gestorbene nach Jahreszeit; Ehedauer bei Tod des Partners; Alter der ledigen bzw. verheirateten bzw. verwitweten Gestorbenen; Gestorbene nach Konfession; Lebenserwartung; Anzahl der Einwohner; Tot- und Lebendgeborene (diese Daten werden auch hinsichtlich der Konfession erläutert); Eheschließungen.
- Verbraucherpreise: Entwicklung der Verbraucherpreise zum Beispiel für 1 kg Roggenbrot, 1 kg Mehl, 1 Liter Milch, etc. im Jahr 1909 im Vergleich mit den Verbraucherpreisen von 2002.
- Heilanstalten und Irrenanstalten: Anzahl der allgemeinen Heilanstalten, Augenheilanstalten, Entbindungsanstalten und Irren- bzw. „Idiotenanstalten“ im preußischen Staat und in Düsseldorf 1903 bis 1906; Gründe für Schwankungen in der Morbiditätsstatistik 1906.
- Krankenversicherung 1906 und 1909: Erfassung häufigster Krankheitsformen (häufigste Krankheitsform bei Männern sind Verletzungen mit 61%); Verteilung häufigster Krankheitsformen bei Frauen und Männern; Influenza nach Alter,

Ausnahmegruppen, Berufsgruppen, Sterblichkeitsraten und Geschlechterverteilung; Anzahl der Erkrankungsfälle insgesamt, Krankheitstage; Einnahmen und Ausgaben der Krankenkassen.

- Streiks und Aussperrungen 1899 bis 1919: Die historische Erhebung ist deutlich umfangreicher als die modernen Erhebungen. Gesamtzahl der Streiks und Aussperrungen in Deutschland; Anzahl der betroffenen Arbeitnehmer; Art der Forderungen von Arbeitnehmern und -gebern; Dauer der Arbeitskämpfe; Forderungen der Streiks; Ausgang der Streiks; Erfolge und Misserfolge der Arbeitnehmer; Zahl der durch Verhandlungen beendeten Streiks; Anteile der Berufsgruppen an den Streiks.
- Politische Wahlen (Preußische Landtagswahl 1903 und Reichstagswahl 1912): Wahljahr; Wahlbeteiligung; abgegebene Stimmen; Stimmenanteil der Parteien; gewählte Personen. Frauen hatten erst ab Beginn der Weimarer Republik Wahlrecht; das Alter der Wahlberechtigten wurde gleichzeitig herabgesetzt.
- Gewerbebetriebe 1907: Anzahl der Betriebe; Anzahl der Beschäftigten; verschiedene ausgewählte Gewerbeklassen (Chemie, Metallverarbeitung, Textilindustrie, Industrie der Steine und Erden).

Ein kritisches Resümee kommt zu dem Ergebnis, dass das Thema „Untersuchung und Vergleich von historischen Statistiken“ für ein Lehrforschungsprojekt gut geeignet ist. Es ermöglicht, einen Einblick in Erhebungsmethoden und Schwerpunkte der Erhebungen zu erfahren. Die Bearbeiter haben keine Vorgaben für den Umfang oder den inhaltlichen Aufbau der schriftlichen Ausarbeitungen bekommen. Dies unterstützt einerseits die Flexibilität der Vorgehensweise, andererseits kam es dadurch zu Ergebnissen, die schwer miteinander zu vergleichen sind, um sich ein Gesamtbild zu schaffen. Eine klare Vorgabe des Umfangs wäre sicherlich etwas vorteilhafter, weil sich dadurch Unsicherheiten in dieser Hinsicht vermeiden lassen könnten. Die Unsicherheit bestand bei den meisten Projektteilnehmern wohl darin, wie sie dem Leistungsanspruch gerecht werden konnten. Bis auf ein paar Ausnahmen haben aber alle Autoren die ihnen am wichtigsten erscheinenden Punkte herausgearbeitet und mit Hilfe von Sekundärliteratur interpretiert. Dabei ist es den meisten gelungen, auch hier die wesentlichen Aspekte herauszusuchen; in anderen Fällen wurden die Arbeiten leider durch zu sehr detaillierte Informationen unleserlich. Es kamen auch Arbeiten vor, in denen zu wenige Informationen über Zusammenhänge und politische wie wirtschaftliche Hintergründe vorhanden waren. Dadurch wurden herausgearbeitete Daten zum Teil unverständlich (Beispiel Krankenversicherung). In der Ausarbeitung über Verbraucherpreise fällt auf, dass zwar die Preise von 1909 mit den heutigen Preisen verglichen worden sind, aber wegen der häufigen Währungsänderungen und der Inflation keine Relationen deutlich werden, um sich genau vorstellen zu können, wie viel zum Beispiel ein Kilogramm Roggenbrot tatsächlich gekostet hat und in welchem Verhältnis die Preise zueinander standen. Insgesamt kann aber gesagt werden, dass es eine gute Erfahrung ist, sich mit damaligen Gegebenheiten auseinander zu setzen und festzustellen, wie es den Menschen früher ging und wie sich die Lebensbedingungen im Laufe der Zeit geändert haben.

Ich möchte zum Schluss meine persönliche Erfahrung mit dem Lehrforschungsprojekt ausdrücken. Vor diesem Seminar habe ich mich eigentlich nie wirklich so intensiv mit historischen Statistiken auseinandergesetzt. Am Anfang war es etwas ungewöhnlich, die altdeutsche Schrift und die erst einmal recht unübersichtlich erscheinenden „Zahlenansammlungen“ zu identifizieren. Mit der Zeit konnte ich mich aber gut daran

gewöhnen. Nachhaltig betrachtet hat mir die ganze Arbeit meinen historischen Horizont erweitert. Ein paar Schwierigkeiten hatte ich nur bei der Herausarbeitung der wichtigsten Daten und deren Umsetzung in anschauliche Diagramme. Es kamen Fragen auf wie: Was ist von damals heute noch wirklich relevant? Welche Punkte greife ich heraus, um den Rahmen der Ausarbeitung nicht zu sprengen? Wie war das damals mit der Währung? Wie kann ich einen angemessenen Vergleich herstellen, damit „Außenstehende“ verstehen, wo die Unterschiede zwischen damals und heute liegen? Welche modernen Aspekte resultieren aus „Fehlern“, die damals bei den Erhebungen gemacht worden sind? Wie setze ich meine Ergebnisse am besten um? Welche Punkte stelle ich graphisch dar? Wenn ich aber heute und in Zukunft Berichte oder Dokumentationen aus der damaligen Zeit sehe oder höre, werde ich sie wahrscheinlich besser verstehen und dabei immer an dieses Seminar denken müssen.

9. Die Zeit der Weimarer Republik

Die Statistik der Jahre zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten dokumentiert die großen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen innerhalb dieses Zeitraumes und im Vergleich zu den hier behandelten früheren Epochen. Die Zeit der Weimarer Republik wird von Historikern in drei Phasen aufgeteilt. Die erste Phase umfasst die Anfangs- und Krisenjahre von 1919 bis 1923. Durch den Versailler Vertrag ergaben sich starke Einschränkungen der militärischen Macht des Deutschen Reichs sowie die Abtretung großer Gebiete. Da in einigen dieser Gebiete bedeutende Standorte der Steinkohlenförderung und der Eisen- und Stahlproduktion lagen, wurde die deutsche Wirtschaft erheblich geschwächt. Die Reparationszahlungen an die Siegermächte ließen der Reichsregierung keinen wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum. Die Regierung war im Übrigen damit beschäftigt, sich gegen Aufstände und Putschversuche von links- oder rechtsradikalen Gegnern der demokratischen Republik zu wehren. Die Schwäche des Deutschen Reichs wurde besonders in der Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen offensichtlich. Die Krisenjahre erreichten ihren dramatischen Höhepunkt in der Inflation des Jahres 1923. Die zweite Phase der Weimarer Republik erstreckt sich über die sog. „Goldenen Zwanziger Jahre“ von 1924 bis 1928. Durch die Währungsreform und die auf den Dawes-Plan folgenden amerikanischen Kredite waren diese Jahre eine Epoche der relativen wirtschaftlichen Prosperität und der innenpolitischen Ruhe. Mit dem Wirtschaftswachstum entwickelten sich auch die Arbeitnehmerverdienste positiv. Obwohl nicht mehr – wie in früheren Jahren – die wirtschaftliche Not das Leben großer Teile der Bevölkerung beherrschte, blieben die sozialen Gegensätze bestehen. Die klassenbewusste Arbeiterschaft grenzte sich von der ziemlich heterogenen Mittelschicht aus Angestellten, Beamten und selbstständigen Kleingewerbetreibenden ab. Die großbürgerlichen Unternehmer und Großgrundbesitzer bildeten die Oberschicht. Die dritte Phase der Weimarer Republik von 1929 bis 1933 begann mit der Weltwirtschaftskrise. Der darauf folgende Abzug der amerikanischen Kredite führte zum Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft mit Massenarbeitslosigkeit und Verarmung großer Teile der Bevölkerung. Die wirtschaftliche Not war der Nährboden zur politischen Radikalisierung, die das Ende der demokratischen Republik brachte.

Die folgenden Ausführungen stellen anhand einiger Beispiele zusammen, was Mitarbeitern des Lehrforschungsprojektes an den statistischen Daten über die Zeit der Weimarer Republik besonders bemerkenswert erschien. Zu beachten ist, dass sich die ausgewerteten Daten auf die oben beschriebene zweite Phase konzentrieren.

Eine Bearbeiterin der Ergebnisse der am 16.06.1925 durchgeführten Volkszählung stellt fest, dass im Untersuchungsgebiet (Städte Duisburg und Düsseldorf) die ortsanwesende Bevölkerung kleiner als die Wohnbevölkerung war. Sie führt dies auf die Urlaubszeit zurück, ergänzt aber selbst einschränkend: „Das Reisen war jedoch meist ein Privileg der Wohlhabenden“. Als weitere Gründe für die geringere ortsanwesende Bevölkerung nennt sie die Flucht vor dem sog. Ruhrkampf – Duisburg wurde erst am 25.08.1925 von den Franzosen verlassen – und die zeitweise Abwanderung von Arbeitslosen in ländliche Gebiete als Erntehelfer. Weiterhin fällt der Bearbeiterin der – eventuell durch stress- und ernährungsbedingte Unfruchtbarkeit bei Männern und Frauen verursachte – Rückgang der Geburtenrate in der Nachkriegszeit auf. Wegen des Krieges war auch der Unterschied zwischen der (stets höheren) Anzahl der verwitweten Frauen und der (geringeren) Anzahl der verwitweten Männer besonders groß. Die Männer hatten eine geringere Lebenserwartung als die Frauen, weil sie „darauf ausgerichtet sind, hart und ausdauernd arbeiten zu müssen“, was im Jahr 1925 wohl noch in vollem Umfang galt. Eine andere Bearbeiterin der Volkszählung 1925 empfindet es als überraschend, dass trotz der Verluste vor allem der Männer im Krieg das Geschlechterverhältnis der Gesamtbevölkerung „ausgeglichen“ war. Die Erklärung wird im Ausgleich durch Migration gesehen. Dazu wird auf die starke Zuwanderung aus ehemals deutschen Gebieten verwiesen, die aus den Daten der Volkszählung zum Wohnsitz bei Ausbruch des Krieges ersichtlich ist. Diese Bearbeiterin stellt weiterhin fest, dass 1925 noch galt: „Man heiratete früh und zeugte viele Kinder, einerseits um der Kindersterblichkeit entgegenzuwirken, andererseits um damit eine Altersvorsorge zu schaffen.“ Verwunderung ruft hervor, dass die Zahl der verheirateten Männer mit der der verheirateten Frauen nicht identisch war. Dies Phänomen wird vor allem auf die getrennt lebenden Ehepaare zurückgeführt. Hier wäre aber zunächst zu klären, ob sich dieses Ergebnis nur auf die ortsanwesende oder auch auf die Wohnbevölkerung bezieht.

Im zeitlichen Zusammenhang mit der Volkszählung wurden als weitere Großzählungen eine Gebäude- und Wohnungszählung und eine gewerbliche Betriebszählung durchgeführt. Die Bearbeiterin der Gebäude- und Wohnungszählung erkennt richtig, dass die Wohnungsnot im Jahr 1925 auf die sehr stark gestiegene Anzahl der Haushalte zurückzuführen war, während die Ursache für die Wohnungsnot vor der Kriegszeit in der Zunahme der Gesamtbevölkerungszahl (vor allem in den Großstädten) lag. Die Bearbeiterin der Gewerbezahl stellt die Unterschiede der Wirtschaftsstruktur von Duisburg und Düsseldorf heraus. Duisburg hatte den wirtschaftlichen Schwerpunkt im primären (Bergbau) und sekundären (Eisen- und Metallindustrie) Sektor; in Düsseldorf hatte der tertiäre Sektor (Handel und Versicherungen) besonders große Bedeutung.

Eine weitere in ihrer Form für die Weimarer Zeit einmalige Statistik war eine Erhebung über Wirtschaftsrechnungen und die Lebenshaltung von Privathaushalten. Die Bearbeiter heben hervor, dass zu dieser Zeit im Durchschnitt das Arbeitseinkommen des Familienvaters 87% des gesamten Familieneinkommens ausmachte, das der Ehefrau nur 0,3%. Durchschnittlich 38% ihrer Ausgaben wendeten die Haushalte für Nahrungs- und Genussmittel, 33% für „Wohnen“ (einschließlich Wohnungseinrichtung, Heizung und Beleuchtung) und – wie die Bearbeiter betonen – „nur“ 3% für „Bildung“ auf. Die Bearbeiter sehen das sog. Engelsche Gesetz – bei steigendem Einkommen sinkt der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel an den Gesamtausgaben des Haushalts – durch die Ergebnisse der Statistik bestätigt. Schließlich weisen sie noch darauf hin, dass das

Einkommensniveau von Düsseldorf und Duisburg über dem Reichsdurchschnitt und das von Düsseldorf über dem von Duisburg lag.

Auch mehrere laufende Erhebungen, die bereits in der Kaiserzeit zum Arbeitsprogramm der amtlichen Statistik gehörten, wurden im Rahmen des Lehrforschungsprojekts für die Weimarer Zeit näher analysiert. Dazu gehört die Statistik der Todesursachen. Die Bearbeiterin stellt fest, dass die Erkrankungen der Kreislauforgane wie heute bereits in der Weimarer Zeit die häufigsten Todesursachen waren, aber längst nicht so stark dominierten wie heute. Die Todesursache Lungentuberkulose nahm selbst in dem kurzen betrachteten Zeitraum (1925 bis 1928) merklich und kontinuierlich ab. Im Übrigen hebt die Bearbeiterin die Unterschiede zwischen Männern und Frauen besonders hervor. Die Sterblichkeit männlicher Säuglinge war beständig höher als die der weiblichen. An Infektionskrankheiten starben 10% bis 15% mehr Männer als Frauen. Von bestimmten Todesursachen – Unfälle, Selbstmord, Mord und Totschlag – sind Männer sehr viel häufiger betroffen als Frauen. Hinsichtlich der Unfälle verweist die Bearbeiterin auf „die für Frauen noch übliche, eher behütete Lebensweise im Haushalt und die häufigeren gefährlichen Arbeitsbedingungen für Männer“.

Eine weitere untersuchte laufende Erhebung ist die Statistik der Krankenversicherung. Ein Drittel der Gesamtbevölkerung war gesetzlich krankenversichert. Über die Hälfte der gesetzlichen Krankenkassen waren Betriebskrankenkassen, gut ein Drittel Ortskrankenkassen. Im Gegensatz dazu entfielen von 100 Kassenmitgliedern 62 auf Ortskrankenkassen und 16 auf Betriebskrankenkassen. Weibliche Versicherte erkrankten seltener als männliche, die Dauer je Erkrankungsfall war jedoch bei den Frauen länger. Nach Darstellung des Bearbeiters dieser Statistik (innerhalb des Lehrforschungsprojekts) war die finanzielle Situation der Krankenkassen im Jahr 1927 so gut, „dass immer mehr Kassen ihren Versicherten Mehrleistungen über die gesetzlich festgelegten Pflichtleistungen hinaus gewähren. ... Hier deutet sich bereits die Problematik an, dass das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung nicht ausgewogen und stabil ist, sondern eine Tendenz der Krankenkassen zu mehr Leistungen, die nicht durch die Beiträge der Mitglieder gedeckt sind, zu beobachten ist.“

Einige Fragestellungen und Aussagen der historischen Statistik erscheinen auch aus heutiger Sicht sehr aktuell. So wurden in der Weimarer Zeit in die Hochschulstatistik neue Erhebungsmerkmale – unter anderem „die gegen Entgelt ausgeübte Beschäftigung“ der Studierenden – eingeführt, die ausdrücklich „Zwecken der Berufsberatung“ dienen sollten. Der Bearbeiterin fällt auf, dass die in diesem Zusammenhang gestellte Frage nach dem „Berufsziel“ von vielen Studierenden nicht beantwortet wurde. Die statistischen Daten über politische Wahlen zeigen nach Darstellung des Bearbeiters auf, dass „Frauen im Durchschnitt eher als Männer religiös oder konservativ orientierte Parteien wählten und ihre Stimme extremistischen Gruppen von links oder rechts versagten“. Insbesondere im Rheinland wandten sich katholische Wähler tendenziell von „ihrer“ Zentrumsparterie ab und den Linksparteien – vor allem der kommunistischen Partei – zu. Heute noch – oder wieder – aktuell ist dagegen die große Zahl der Empfänger von Leistungen der öffentlichen Armenpflege (heute Sozialhilfe). Im Jahr 1929 wurden in Düsseldorf 13% und in Duisburg 15% der Einwohner unterstützt. Die Bearbeiterin stellt heraus, dass dieser Anteil erheblich höher als in der Kaiserzeit und auch höher als heute war. In der Berichtszeit waren die „Goldenen Zwanziger Jahre“ bereits zu Ende.

10. Erfahrungen aus der Projektbearbeitung

Für die heutige Studierendengeneration, die an schnelle Informationsbeschaffung durch Internet und automatisierte Nutzung von Datenbanken gewöhnt ist, ist die Arbeit mit historischen Daten durchaus ungewöhnlich. Diese Daten füllen gewaltige Folianten mit sehr ausführlichen Textteilen, deren Kenntnis für das Verständnis der Zahlen in der Regel unentbehrlich ist. Die damaligen Autoren und Leser nahmen sich offensichtlich viel Zeit. Der notwendige Zeitaufwand wird heute leicht unterschätzt. Obwohl den Teilnehmern am Forschungsprojekt von vornherein eine sehr lange Zeit für die schriftlichen Ausarbeitungen eingeräumt wurde, gab es verhältnismäßig viele Anträge auf Fristverlängerung.

Die Erhebungsmethoden der Statistik erscheinen aus heutiger Sicht bereits in der frühen Kaiserzeit im Allgemeinen als durchaus modern. Von den Projektteilnehmern wurde allerdings zurecht angemerkt, dass damals noch niemand an Repräsentativerhebungen (insbesondere Zufallsstichproben) gedacht hat. Es gibt Anzeichen, dass das gesellschaftliche Ansehen der Statistik in der Kaiserzeit verhältnismäßig groß war, dann aber bereits in historischer Zeit tendenziell abnahm. Dies ist zum Beispiel aus der zunehmenden Schwierigkeit zu schließen, „ehrenamtliche“ Zähler für Großzählungen zu gewinnen. Die Zählertätigkeit wurde zunächst im Deutschen Reich wie in anderen Staaten als ehrenvoller öffentlicher Auftrag empfunden (zum Beispiel war der hoch angesehene Dichter Leo Tolstoi als Zähler bei der russischen Volkszählung tätig), was sehr bald – wie heute – nicht mehr der Fall war.

Die historische Statistik war zum Teil viel umfangreicher, anspruchsvoller und aussagefähiger als die heutige Statistik (zum Beispiel Statistik der Streiks und Aussperrungen, Schul- und Hochschulstatistik, laufende Bevölkerungsstatistik). Zu einigen Themen gibt es überraschend viel Material (zum Beispiel Kriminalstatistik). Die tendenzielle „Abmagerung“ der Statistik setzte bereits in der Zeit der Weimarer Republik ein. Die Entwicklung zu weniger Erhebungsmerkmalen wurde wohl teilweise durch die von der neuen Statistik beanspruchte größere Genauigkeit kompensiert. Einzelne historische Statistiken hatten aus heutiger Sicht ein geradezu riesiges Frageprogramm (zum Beispiel Schulstatistik), das einer Bearbeiterin „übertrieben aufwändig und pedantisch“ erschien. Diese Ansicht wurde dadurch gestützt, dass einige im Archiv des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen aufbewahrte Bände noch ungetrennte Seiten hatten, also noch nie benutzt worden waren und damit den Eindruck hervorriefen, die Statistik sei als Selbstzweck durchgeführt worden. Die historischen Tabellenköpfe waren oft sehr kompliziert; zum Beispiel gab es in der Kriminalstatistik eine Tabelle mit 97 Spalten. Die Veröffentlichungen wurden zusätzlich dadurch aufgebläht, dass Tabellen auch dann vollständig ausgedruckt wurden, wenn sie sehr viele leere Felder (Nullfälle) enthielten, was zu viel inhaltslosem Papier führte. Dass trotzdem die Bearbeitungszeit der historischen Statistiken bis zur Veröffentlichung meist relativ kurz war, ist – gemessen an den damaligen technischen Möglichkeiten im Vergleich zu heute – bemerkenswert. Dabei ist zu bedenken, dass die Berichtswege damals ziemlich lang waren, weil die statistischen Ämter mit sehr vielen anderen Institutionen (vor allem Behörden) kooperieren mussten. Der Fleiß und die Akribie der historischen Autoren, die ihre zahlreichen Berechnungen ohne automatisierte Datenverarbeitung manuell durchführen mussten, wurde von den Projektteilnehmern allgemein mit Bewunderung zur Kenntnis genommen. Bei Überprüfungen wurde nicht ein einziger Rechen- oder Übertragungsfehler gefunden. Der durch die vor allem vor dem Ersten Weltkrieg sehr ausführlichen Texte über Methodenbeschreibung und

Ergebnisinterpretation bedingte große Leseaufwand konnte zu einem Problem für diejenigen Projektteilnehmer werden, die Deutsch als Fremdsprache erlernt hatten. Diese Hürde wurde durch die - im Vergleich zur nüchternen Ausdrucksweise heutiger Veröffentlichungen – anspruchsvollen Sprachkunstwerke mancher historischer Texte (von einer Bearbeiterin als „blumige und ausgeschmückte Ausdrucksweise“ bezeichnet) sowie durch die alte Orthographie und die gotische Schrift noch verstärkt. Ein Projektteilnehmer bemühte sich, alte Bezeichnungen in moderne Sprache zu übersetzen. Nach einiger Übung wurden die Sprachprobleme von allen Teilnehmern bewältigt.

Die historischen Statistiker zeigten in ihren Texten ein bemerkenswertes Fachwissen zu den Themen der einzelnen Statistiken. So kam ein Projektteilnehmer, der sich mit der Todesursachenstatistik befasste, zu dem Schluss, dass zu deren Verständnis eigentlich ein Medizinstudium notwendig sei. Mit Respekt wurden auch die selbstkritischen Ausführungen der historischen Autoren über die Mängel und Grenzen der Aussagefähigkeit der von ihnen produzierten Daten registriert. Besonderes Erstaunen rief die damals praktizierte Unbedenklichkeit der Wiedergabe von Einzeldaten in den Veröffentlichungen hervor. So wurden – wenn auch anonym – ziemlich genau beschriebene einzelne Personen in der Kriminalstatistik und Haushalte in der Statistik der Wirtschaftsrechnungen aufgeführt. Die Gewerbezahlungen wiesen sogar Daten über einzelne Industriebetriebe mit ihren Anschriften und den Namen ihrer Inhaber aus. Die veröffentlichten Einzeldaten boten die Möglichkeit zu externen speziellen statistischen Auswertungen wie zum Beispiel Korrelationsberechnungen, die heute aus Datenschutzgründen nicht mehr gegeben sind.

Für das Verständnis der Fragestellungen und der Ergebnisse der historischen Statistik ist die Kenntnis des jeweiligen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergrundes notwendig. Dieser Hintergrund wird zurecht in vielen Ausarbeitungen der Projektteilnehmer skizziert, und zwar nicht nur in überregionaler, sondern auch in lokaler Hinsicht in Bezug auf Düsseldorf und Duisburg. Die politische Geschichte spiegelt sich – wie ein Teilnehmer bemerkt – in den Änderungen der Bibliotheksstempel der Veröffentlichungen wider. Die jeweilige politische und wirtschaftliche Situation ist offensichtlich auch ursächlich für den zum Teil erbärmlichen, zum Teil aber auch erstaunlich guten äußeren Zustand der Bände unabhängig von deren Alter. In ungünstigen Zeiten – wie Krieg und Inflation – wurden Aufwendungen für hochwertiges Papier und solide Buchbindung eingespart. Über das allgemeine historische Wissen hinaus sollten zur Einführung in das Forschungsprojekt den Teilnehmern vom Dozenten Kenntnisse über die Geschichte, die Behördenstruktur, die Arbeitsprinzipien und das System der Veröffentlichungen der amtlichen deutschen Statistik vermittelt werden. Die exakte Bezeichnung und Unterscheidung der Behörden – wie Namensänderungen der statistischen Ämter – machte einigen Teilnehmern Mühe. Weiterhin sollten statistische und auf den Erhebungsinhalt bezogene Fachbegriffe erläutert werden, die sonst manchmal falsch gebraucht würden. Von den Projektteilnehmern wurden notwendige Begriffserläuterungen oft unterlassen. Gelegentlich wurden aber auch erklärungsbedürftige historische Bezeichnungen – wie zum Beispiel die Zeitangabe „Michaelis“ in der Hochschulstatistik oder die damals bedenkenlos verwendete diskriminierende Bezeichnung „Idiotenschule“ in der Schulstatistik – zum Teil mit Hilfe verschiedener Lexika sehr akribisch erläutert. Zur Einführung ist auch ein Überblick über die regionale Verwaltungsstruktur in Preußen sowie über die Gebietsstandsänderungen der Verwaltungsbezirke zweckmäßig. Ein Projektteilnehmer versuchte, die Gebietsstandsänderungen durch im Detail dokumentierte Umrechnungen der statistischen

Daten zu berücksichtigen. In einer anderen Ausarbeitung wurde – ebenfalls detailliert dokumentiert – die preußische Rheinprovinz in den zum Vergleich herangezogenen aktuellen Daten rekonstruiert. Die Dateninterpretation erforderte noch weitere Umrechnungen bzw. Neuordnungen. So wurden zum Beispiel die historische und die moderne Systematik der Todesursachen unter Berücksichtigung der definitorischen Änderungen und der Fortschritte der Diagnosemethoden angeglichen. Um besser aussagefähige Angaben über die Wirtschaftsrechnungen von Haushalten zu erhalten, wurde bei lückenhaften Daten ein selbstkonstruiertes Schätzverfahren angewendet.

Die Projektteilnehmer bildeten gern Arbeitsgruppen aus zwei oder drei Personen, die ein umfangreiches Thema (zum Beispiel Volkszählungen) in der Regel selbstständig unter sich aufteilten. Wie ihnen empfohlen wurde, besuchten die Teilnehmer – oft gruppenweise – häufig die Bibliothek des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik(LDS) und gelegentlich auch andere Institutionen wie die Bibliothek des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute und das Statistische Amt der Stadt Düsseldorf. In der Bibliothek des LDS standen einige Arbeitsplätze und ein speziell für Bücher geeignetes Kopiergerät zur Verfügung. Dies war zweckmäßig, weil die historischen Statistikbände im allgemeinen nicht ausleihbar sind. Von der Kopiermöglichkeit wurde reichlich Gebrauch gemacht; allerdings erwiesen sich einige Bände als so stark beschädigt, dass ein Kopiersversuch nicht riskiert wurde. Bei der Durchsicht der historischen Bestände wurden auch Bände gefunden, die nicht katalogisiert waren. So wurden in einem seit langer Zeit unbeachteten ungeordneten Lager des Statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf insgesamt 238 Bände historischer statistischer Veröffentlichungen durchgesehen und registriert. Nach Aussage der Bearbeiterin „war es ein staubiger Tag“. Das LDS wurde außer zur Beschaffung der historischen Daten auch besucht, um aktuelle Vergleichsdaten zu erhalten. Hierzu wurde häufig die dort geführte Landesdatenbank Nordrhein-Westfalen genutzt. Die Besuche im LDS erschienen einigen Teilnehmern so interessant, dass sie mit einer Videokamera festgehalten wurden. Die Videoaufnahmen wurden dann anlässlich der von den Teilnehmern zu haltenden Referate vorgeführt. Die Referate mussten vom Beginn des Forschungsprojekts an über das ganze Semester verteilt werden, weil sonst nicht alle Teilnehmer zu Wort gekommen wären. Dieser Terminzwang hatte zur Folge, dass die frühesten Referate wegen des noch weitgehend unbekanntes Stoffes meistens sehr kurz waren. Erst gegen Ende des Semesters wurden die Referate länger und inhaltsreicher, gelegentlich sehr ausführlich. Einige Vorträge wurden technisch perfekt unter Verwendung der Software Microsoft Power Point gestaltet. In Referaten und in späteren schriftlichen Ausarbeitungen wurde reichlich von graphischen Darstellungen Gebrauch gemacht. Die leichte Handhabung von Graphik-Software verführte aber oft dazu, inhaltlich zu simple und überflüssige Graphiken anzufertigen, die fast nichts aussagten. Ausnahmsweise kamen allerdings auch überlastete graphische Darstellungen vor, die zudem nicht ausreichend erläutert wurden. Generell hatten viele Projektteilnehmer Mühe mit der Erstellung sinnvoller und korrekter Graphiken. Es gab aber auch sehr gut – formal korrekte, mit vollständiger Legende versehene, technisch ziemlich anspruchsvolle und inhaltsreiche – Graphiken.

Die einzelnen Projektteilnehmer – bzw. Teilnehmergruppen – bearbeiteten ihre Themen unabhängig voneinander. Nur selten wurde in den schriftlichen Ausarbeitungen direkt auf andere referierte oder beschriebene Themen Bezug genommen. Häufiger wurden Ausführungen des Dozenten aus den Seminarsitzungen aufgegriffen, sogar mit Angabe des Datums der Sitzung. Die meisten Teilnehmer beschränkten sich bei der Datenpräsentation und -interpretation auf die vorgegebenen Quellen. Diese wurden in der

Regel vollständig aufgelistet und exakt bezeichnet. Die meist genauen bibliographischen Angaben wurden manchmal mit der Benennung der Bibliotheken und der Wiedergabe der dort verwendeten Signaturen ergänzt. In einigen Fällen wurden sämtliche zu einem Thema gehörenden Quellen über den ganzen betrachteten historischen Zeitraum detailliert beschrieben (zum Beispiel Kriminalstatistik, Berufszählungen, laufende Bevölkerungsstatistik). Gelegentlich waren die Quellenangaben aber auch zu dürftig; zum Beispiel wurde nur „LDS NRW“ als Quelle angegeben. Ausnahmsweise fehlten die Quellenhinweise ganz. Wenn in den vorgegebenen Quellen nicht enthaltene Vergleichs- oder Bezugsdaten benötigt wurden, machten sich die Bearbeiter manchmal die Suche zu leicht, indem sie – vergeblich – zum Beispiel nur im Statistischen Jahrbuch nachschlugen. Dann kam es zu nicht gerechtfertigten Fehlanzeigen wie „... konnte keine Angabe über die Anzahl der Einwohner finden“ oder „.....Bevölkerungszahl liegt nicht vor“ oder „..... fehlt im LDS“. Obwohl im Jahr 1925 eine Volkszählung stattfand, waren angeblich keine Daten über die Altersgliederung der Bevölkerung dieses Jahres verfügbar. Bei der Bearbeitung der im Rahmen der laufenden Bevölkerungsstatistik veröffentlichten Todesursachenstatistik in der Zeit der Weimarer Republik wurde übersehen, dass es in der Kaiserzeit bereits eigenständige Veröffentlichungen über die Todesursachen gab. Andererseits wurden auch über den vorgegebenen Bereich hinaus selbstständig gut zum Thema passende weitere Quellen erschlossen, zum Beispiel Material aus Stadtarchiven sowie aktuelle und historische kommunale Haushaltspläne. Die Themen animierten dazu, zum Zweck der Dateninterpretation und -kommentierung außer den statistischen Quellen weitere Literatur hinzuzuziehen. Dabei fielen anschauliche zeitgenössische Schilderungen an, zum Beispiel über den Ablauf einer Wahlveranstaltung in Preußen. Die Heranziehung zusätzlicher Literatur war nach Ansicht einer Bearbeiterin sinnvoll, weil die zunächst als „statistisch-solide“ erscheinende gestellte Aufgabe sich schließlich als „heikel und sensibel“ erwies. Gelegentlich wurde über das Ziel hinausgeschossen, indem Literatur ohne direkten Bezug zu den präsentierten Daten ausgewertet wurde, wobei diese Daten selbst manchmal nicht kommentiert wurden. Auch wurden Titel im Literaturverzeichnis aufgeführt, auf die im Text nicht Bezug genommen wurde. Die Literatúrauswertung wurde manchmal durch persönliche Anmerkungen über Interviews mit älteren Verwandten als Zeitzeugen zur Veranschaulichung der historischen Zeit ergänzt (zum Beispiel Erinnerungen der Großmutter oder großväterliche Sammlung von Inflationsgeld). Einige Texte wurden mit zum Thema passenden historischen Photos angereichert, leider nicht immer mit Quellenangabe. Über die Literatur hinaus wurden gelegentlich eigene Erkundigungen bei mit dem Thema befassten Institutionen (zum Beispiel Heilanstalten und anderen Institutionen des Gesundheitswesens) eingeholt, wobei die Gefahr der Sprengung des eigentlichen Themas nicht auszuschließen war. Zu weit über das gestellte Thema hinaus wegführende Ausführungen (zum Beispiel allgemeine Aussagen über Soziologie und empirische Forschung) kamen aber nur ausnahmsweise vor. Einige Bearbeiter lieferten – neben den eigenen Auswertungen zu ausgewählten Daten – vollständige Datentabellen oder seitengenaue Quellenhinweise der von ihnen bearbeiteten Statistiken, insbesondere für Düsseldorf und Duisburg. Die Daten wurden in excelgerechter Tabellenform auf Papier gedruckt oder digitalisiert und auf CD-ROM gespeichert. Zum Teil boten die Daten Anlass zu umfangreichen weiteren Berechnungen von Maßzahlen (zum Beispiel Konstruktion von Indices oder Verknüpfung von Preisen und Löhnen). Eine Bearbeiterin wendete eine selbsterarbeitete – selbstkritisch als unvollkommen bezeichnete – einfache Methode zur Umrechnung historischer Währungen in Euro an. Gelegentlich ließen Projektteilnehmer auch beachtliche – zum Beispiel historische oder medizinische – Fachkenntnisse erkennen.

Das Generalthema des Forschungsprojekts war primär die historische Statistik mit lediglich ergänzenden und daher kürzeren Hinweisen auf die aktuelle Situation. Dies wurde im Allgemeinen richtig verstanden; nur selten wurde der Schwerpunkt zu stark auf die aktuellen Daten verlagert. Bei den einzelnen Statistiken sollten jeweils sowohl Methoden als auch Ergebnisse behandelt werden. Die Gewichte dieser beiden Thementeile waren nicht vorgegeben; sie wurden von den Bearbeitern selbst sehr unterschiedlich gesetzt, und zwar nicht nur bedingt durch die Art der Statistik, sondern auch nach subjektiver Präferenz. Kreativität zeigte sich auch in Umformulierungen der Titel der schriftlichen Ausarbeitungen; so wurde aus „Statistik der Irrenanstalten“ die Formulierung „Die Abschaffung der Zwangsjacke“. In der sprachlichen Ausdrucksfähigkeit der Projektteilnehmer bestanden große Unterschiede. Manche Bearbeiter hatten Schwierigkeiten, lesbare verbale Datenbeschreibungen zu verfassen, was zu Stilblüten führen konnte (zum Beispiel „Die Bevölkerung ist konstant gestiegen“). Gelegentlich wurden dieselben Zahlen zwei- oder dreifach (als Tabelle, als Graphik und im Text) dargestellt. Obwohl lange Bearbeitungsfristen gewährt wurden, enthielten die schriftlichen Ausarbeitungen manchmal viele grammatische oder orthographische Sprachfehler bzw. Tippfehler.

Beim Vergleich der historischen mit den aktuellen statistischen Frageprogrammen wurde von vielen Bearbeitern hervorgehoben, wie sich die Ansichten über „wichtige“ Tatbestände geändert haben. So wurde vermerkt, dass vor dem Ersten Weltkrieg Militär und Religion einen höheren Stellenwert hatten als Bildung und Gesundheit. Besonders auffällig war der Wandel in der statistischen Behandlung der Religion. In der Kaiserzeit wurde bei nahezu allen Erhebungen, die sich an natürliche Personen wandten, ohne Einschränkung nach dem „Religionsbekenntnis“ gefragt. In der Zeit der Weimarer Republik wurde stattdessen nach der „Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft“ gefragt, weil nach der Reichsverfassung von 1919 nur die äußerliche Mitgliedschaft, dagegen nicht die innere Überzeugung Gegenstand der amtlichen Statistik sein durfte. Heute spielt das Merkmal Religion in der deutschen amtlichen Statistik fast gar keine Rolle mehr. „Religion ist heute Privatsache“, wie eine Teilnehmerin feststellte. Auch wenn historische und aktuelle Daten in gleichem Umfang vorhanden sind, stehen dem Vergleich viele Detailprobleme entgegen. So müssen bei der Erfassung der Krankheitsarten und Todesursachen Änderungen sowohl der Klassifizierung als auch der Diagnosesicherheit beachtet werden. Beim Vergleich der Staatsangehörigkeiten drücken die Daten vor allem die zahlreichen Verschiebungen der Staatsgrenzen und weniger demographische Veränderungen aus. Generell sind längerfristige Längsschnittuntersuchungen kaum möglich. Das Forschungsprojekt konzentriert sich daher auf Querschnittsuntersuchungen.

Einige Ergebnisse der historischen Statistik wurden von den Bearbeitern der einzelnen Themen als aus heutiger Sicht besonders bemerkenswert herausgestellt. Beachtung fanden vor allem bestimmte demographische Daten sowie Angaben zum Bildungswesen und zum materiellen Lebensstandard.

Als hervorragende Kennzeichen der demographischen Entwicklung wurden in erster Linie die rasante Bevölkerungszunahme im Ballungsraum Rhein-Ruhr während des historischen Untersuchungszeitraums, der bereits in historischer Zeit eingetretene und bis heute fortgesetzte Geburtenrückgang und die spektakuläre Abnahme der Säuglingssterblichkeit und der Totgeburten registriert. Die Lebenserwartung war damals in Duisburg deutlich geringer als in Düsseldorf und – wie heute – bei den Männern geringer als bei den Frauen.

Sie hat allgemein stark zugenommen, was aber auch als „Risikofaktor“ empfunden wurde. Die höhere Lebenserwartung wurde als Ursache der beobachteten Änderung der dominierenden Todesursachen – von Infektionskrankheiten zu chronischen und degenerativen Altersleiden – angesehen. Ein Projektteilnehmer stellte lapidar fest: „Früher starben die Menschen an Unterernährung, heute an Überernährung“. Unter den weiteren demographischen Merkmalen der historischen Zeit fielen das niedrige Heiratsalter insbesondere der Frauen, die geringe Anzahl der Singlehaushalte (bzw. die hohe Anzahl der oft in Großfamilien zusammenlebenden Personen je Wohnung), der im allgemeinen niedrige Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung und die Seltenheit der Ehescheidungen (Im ganzen Jahr 1909 gab es in Düsseldorf und Duisburg zusammen nur eine einzige Scheidung) auf. Zum Heiratsalter der Frauen bemerkte eine Projektteilnehmerin, die Männer der Kaiserzeit bevorzugten zur Erst- wie auch zur Zweitheirat „Jungfrauen“, wogegen die „Unberührtheit“ heute keine große Rolle mehr spiele. Wie die Ehescheidung galten auch uneheliche Kinder als „gesellschaftlicher Makel und asozialer Fehltritt“ und waren daher im Vergleich zu heute sehr selten. Aufmerksamkeit erlangten auch die Angaben der Kriminalstatistik über historische Delikte (zum Beispiel Majestätsbeleidigung und Zweikampf) sowie über die bereits damals stark beachtete, aus heutiger Sicht dagegen eher geringe Jugendkriminalität.

Auch im Bildungswesen wurden zum Teil gewaltige Veränderungen festgestellt. Die Volksschule war im Untersuchungszeitraum tatsächlich noch die Schule des Volkes; der Anteil der Schüler weiterführender Schulen war verschwindend gering. Die Anzahl der Schulkinder je Klasse war unvorstellbar groß (In der frühen Kaiserzeit wurde als Ziel die Verringerung der durchschnittlichen Klassengröße von 100 auf 80 Schüler propagiert), was vielleicht die autoritären Unterrichtsmethoden verständlich macht. Der Zweck der Schule der frühen Kaiserzeit war die „Erziehung zu gottesfürchtigen vaterlandsliebenden Bürgern und Dienern des Staates“. Die Dominanz der Männer bei den Lehrern wurde als Ausdruck des „damaligen Misstrauens besonders der protestantischen Bevölkerung gegen die Leistungsfähigkeit weiblicher Lehrkräfte“ interpretiert. Als Besonderheit wurde vermerkt, dass erst seit 1888 in allen Teilen des Staates Preußen die Unterrichtssprache Deutsch war. Auch danach gab es in Preußen nennenswerte Anteile von Schülern mit nichtdeutscher Familiensprache (wie wendisch, masurisch, kaschubisch), die allerdings im Rheinland nur eine sehr geringe Rolle spielten. Auch der Hochschulstatistik wurden bemerkenswerte Hinweise entnommen. Aus historischen Kommentaren ist zu schließen, dass es trotz der aus heutiger Sicht absolut niedrigen Studierendenzahl bereits damals Angst vor einer Überfüllung der Hochschulen durch eine Studentenschwemme mit Akademikerarbeitslosigkeit (Heranziehung eines „gelehrten Stehkragenproletariats“) gab. Dabei waren studierende Frauen noch Einzelkämpferinnen; sie wurden reichsweit erst ab 1906 zum Studium zugelassen (In Heidelberg gab es bereits seit 1891 studierende Frauen, an den preußischen Landesuniversitäten erst ab 1908) und beschränkten sich fast vollständig auf die Bereiche Pädagogik und Medizin. Aus den üblichen Tabellenprogrammen der Hochschulstatistik waren die Daten über Studentinnen zunächst ausgeschlossen; sie wurden gesondert dargestellt. Arbeiterkinder studierten nahezu überhaupt nicht. Immerhin erhielten circa 36% der Studenten Stipendien oder vergleichbare Unterstützungen. Die kaiserzeitlichen Statistiker befassten sich auch mit dem Verhalten der Studenten und stellten zum Beispiel fest, dass „Juden mehr Befähigung besitzen und mehr Fleiß entwickeln als Christen“. Positiv bewertet (im Sinne der Erweiterung des Horizontes) wurde der im Durchschnitt aller preußischen Hochschulen hohe Anteil (60%) der die Universität wechselnden Studenten. Dagegen waren die rheinischen Studenten durch eine ausgeprägte „Sesshaftigkeit“ gekennzeichnet; sie

bevorzugten ein Studium nach Möglichkeit in der Nähe ihres Herkunftsortes. Beim Verstoß gegen Verhaltensregeln hatte die Hochschulleitung Möglichkeiten zu Sanktionen. Die Studenten unterlagen einem „besonderen Gewaltverhältnis“; sie wurden – wie es eine Projektteilnehmerin ausdrückte – „nicht als mündige Bürger angesehen“.

Von den historischen statistischen Arbeiten, die im weitesten Sinn den materiellen Lebensstandard beleuchten, fanden die Abhandlungen von Ernst Engel (Leiter des Königlich-Preußischen Statistischen Landesamts) besonderes Interesse. Hier wurden mit der Berechnung des „Volkswohlstands“ Überlegungen angestellt, die zur modernen Volkseinkommensberechnung beitrugen. Bereits damals wurde der auch heute aktuellen Frage nachgegangen, wie viele „Misser“ jeder Erwerbstätige im Durchschnitt ernähren muss. Der als „Engelsches Gesetz“ bekannte Zusammenhang, dass mit steigendem Einkommen der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel an den Gesamtausgaben eines Haushalts sinkt, wurde empirisch belegt. In der Kaiserzeit wurde die Hälfte der Haushaltsausgaben für Nahrung aufgewendet, heute nur noch ein Fünftel. Die für die Lebenshaltung bedeutenden Verbraucherpreise waren Gegenstand umfangreicher Datensammlungen. Als besonders für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg kennzeichnend wurden die sehr niedrigen Preise bestimmter Konsumgüter, die – abgesehen von periodischen oder zufälligen Schwankungen – langfristige Preisstabilität und die oft großen inter- und intralokalen Unterschiede in den Verbraucherpreisen empfunden. Unter den zum Umkreis der Erwerbstätigkeit gehörenden Daten fiel auf, dass es in historischer Zeit relativ viele Streiks und relativ wenige Streikerfolge gab, was heute eher umgekehrt ist. Als Kuriosum wurde von einer Projektteilnehmerin die in den frühen Jahren des Untersuchungszeitraums verbreitete kritische Beurteilung der zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit herausgestellt, durch die damals eine „nachteilige Beeinflussung der körperlichen und sittlichen Gesundheit der Gesamtbevölkerung“ befürchtet wurde. Neue Fragestellungen erhielt die amtliche Statistik durch die Entwicklung der Sozialpolitik. Aus heutiger Sicht erschienen zum Beispiel die damaligen Ausgaben der Krankenkassen für ärztliche Behandlung und Arzneien noch sehr niedrig. Geradezu explosionsartig sind seit der frühen Kaiserzeit bis heute die Ausgaben der öffentlichen Armenpflege bzw. Sozialhilfe gestiegen.

Die in den Prüfungsordnungen (siehe Kapitel 1) angegebene Obergrenze des Umfangs der schriftlichen Ausarbeitung wurde von allen Projektteilnehmern überschritten. Dies ist damit zu rechtfertigen, dass alle Arbeiten mit oft sehr zahlreichen Tabellen und tabellarischen Textübersichten versehen waren, die nicht auf den vorgeschriebenen Umfang angerechnet werden mussten. Es ist aber auch ein Indiz für die Ergiebigkeit der bearbeiteten Themen und das Engagement der Bearbeiter. Eine Teilnehmerin erklärte den großen Umfang ihrer schriftlichen Ausarbeitung ausdrücklich mit ihrem während der Bearbeitung stark gewachsenen eigenen Interesse am Thema. Die Benotung der Leistung der einzelnen Projektteilnehmer bezog sich im Wesentlichen auf das Referat und die schriftliche Ausarbeitung, wobei letzterer das größere Gewicht zukam. Die Qualität der schriftlichen Ausarbeitungen war im allgemeinen sehr erfreulich. Alle vergebenen Noten liegen im Bereich von „sehr gut“ bis „befriedigend“. In einigen Fällen wurde die Qualität von Diplom- bzw. Magisterarbeiten erreicht. Allerdings gaben auch einige Teilnehmer vor Fertigstellung ihrer schriftlichen Ausarbeitung auf, so dass ihre Leistung nicht bewertet werden konnte.

Nach einer internen Statistik der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf ist der Anteil der Frauen an den Studierenden des Bachelorstudienganges Sozialwissenschaften sehr hoch

und hat seit seiner Einführung im Wintersemester 1999/2000 weiter zugenommen. Diese Erfahrung wird durch das Lehrforschungsprojekt „Leben in Deutschland im Spiegel der historischen Statistik“ bestätigt. Von den beteiligten Studierenden des Bachelorstudienganges, die mit 38 Personen den weitaus größten Anteil an den Teilnehmern des Projekts stellten, waren 71% weiblich. Die beteiligten 16 Diplom- und Magisteraspiranten waren dagegen nur zu 25% weiblich. In den vier einzelnen Semestern, über die sich das Gesamtprojekt erstreckte, wuchs der Frauenanteil unter den jeweiligen Bachelorteilnehmern von 56% im Wintersemester 2001/02 auf 91% im Sommersemester 2003. Die Frauen waren an den Bachelorteilnehmern des hier vorgestellten Forschungsprojekts noch deutlich stärker beteiligt als an den Studierenden des Bachelorstudienganges insgesamt. Ohne Anspruch auf ausreichende Erklärung dieses Phänomens sei darauf hingewiesen, dass die Beschäftigung mit den Methoden und Ergebnissen der historischen Statistik nicht die Analyse von mathematisch-statistischen Modellen – die damals in der amtlichen Statistik keine Rolle spielten - , sondern vor allem die Interpretation oft sehr anspruchsvoller deutschsprachlicher Texte erfordert. Bekanntlich dominieren Mädchen in den gymnasialen Oberstufen die Leistungskurse Deutsch, sind aber in den Leistungskursen Mathematik eher eine Ausnahmerecheinung.

Literaturverzeichnis

- Kühnert, F., Herausgeber (1915): Inhaltsverzeichnis für die 1861 bis 1912 erschienenen zweiundfünfzig Jahrgänge der Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts nach Stichworten des Inhalts, Ländern und Verfassern geordnet. In: Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts, 55.Jahrgang, Besondere Beilage.
- Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (1996): Historische Entwicklung der kreisfreien Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Roeske, Ulrich (1985): Das amtliche Quellenwerk der deutschen Reichsstatistik – Eine Übersicht über die Veröffentlichungsreihe „Statistik des Deutschen Reichs“ 1873 bis 1944. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Jahrgang 1985, Nr. 1, S. 213 – 243 .
- Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen (1950): Die Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes in den Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Statistisches Reichsamt (1935): Quellennachweis der seit 1871 erschienenen amtlichen Gemeindeverzeichnisse für das Deutsche Reich und die deutschen Länder. Berlin.
- Statistisches Reichsamt (1942): Quellennachweis zur Reichsstatistik. In: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Band 59, S. XIX – L.

Bisher sind in der Reihe „Duisburger Beiträge“ erschienen:

[Bitte beachten Sie: Ab No. 1/1999 sind alle Beiträge unter

<http://soziologie.uni-duisburg.de/dbsf.htm> abrufbar]

- No. 1/1988 Zum Anspruch einer evolutionsbiologischen Fundierung der Moral.
Fritz Rudolph
- No. 2/1988 Moralische Institutionen und die Ordnung des Handelns in der Gesellschaft.
Die "utilitaristische" Theorietradition und die Durkheimsche Herausforderung.
Hans J. Hummell
- No. 3/1988 Selbstreferentielle Technologiepolitik. Theoretische und thematische
Grundlagen der Wirtschaftsbezogenen F & T - Politik.
Dieter Urban
- No. 4/1988 Berufseinmündung, Berufssituation und soziale Lage Duisburger Diplom-
Sozialwissenschaftler/innen. Erste Ergebnisse einer empirischen Erhebung.
Dieter W. Emmerling
- No. 5/1988 Negative Dialektik - oder: Das "andere Genus des Denkens".
Helga Gripp-Hagelstange
- No. 1/1989 Entscheidungsprozesse im Studium: Weiterstudieren oder Aufgeben?
Christoph Rülcker, Adelheid Berger, Dieter Emmerling
- No. 2/1989 Lokale Handlungsebene und Jugendarbeitslosigkeit. Ein Forschungsbeitrag zur
wohlfahrtsstaatlichen Dezentralisierungsdebatte. Ergebniszusammenfassung.
Jürgen Krüger, Manfred Pojana, Roland Richter
- No. 3/1989 Binäre LOGIT-Analyse: ein statistisches Verfahren zur Bestimmung der
Abhängigkeitsstruktur qualitativer Variablen.
Dieter Urban
- No. 4/1989 Niklas Luhmann - oder: Was ist ein "differenztheoretischer" Ansatz?
Helga Gripp-Hagelstange
- No. 5/1989 Die Rationalität irrationalen Handelns. Kollektive Formen politischer
Partizipation als Ergebnis individueller Entscheidungsprozesse. Eine
empirische Analyse.
Dieter Urban

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

- No. 1/1990 Adorno und Derrida - oder: Der Versuch einer "Dekonstruktion" der Metaphysik.
Helga Gripp-Hagelstange
- No. 2/1990 "Arbeit statt Sozialhilfe" - Empirische Evaluation eines Beschäftigungsprogramms für arbeitslose Sozialhilfeempfänger.
Thomas Bruns u. Irene Pawellek
- No. 3/1990 Jugendarbeitslosigkeit und lokale Legitimationsprobleme.
Jürgen Krüger
- No. 4/1990 Zu System und Problematik legal-bürokratischer Herrschaft in der klassischen Organisationstheorie.
Wolfgang Holler
- No. 5/1990 Die kognitive Struktur von Umweltbewußtsein. Ein kausalanalytischer Modelltest.
Dieter Urban
- No. 1/1991 Zeitgemäßes Campaigning in der Bundesrepublik Deutschland: Empirische und evaluative Hinweise zum Swing-Index, einem neuen Instrument des "micro targeting".
Sigurd Matz
- No. 2/1991 Stichworte zur Zukunft des Wohlfahrtsstaates.
Jürgen Krüger.
- No. 3/1991 Kokain: Zur gesellschaftlichen Karriere einer Droge.
Thomas Schweer und Hermann Strasser.
- No. 4/1991 Der >reale Sozialismus< und sein Niedergang basieren auf dem Marx'schen >Ausbeutungs<-Irrtum. Sozialstaatlicher Volkskapitalismus statt Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln.
Dieter Holtmann.
- No. 5/1991 The Distribution of Income in Modern Japan: An Examination of the Structural Determinants of Relative Equality.
Harold R. Kerbo.
- No. 1/1992 Diplomabschlüsse im integrierten Studiengang Sozialwissenschaften an der Universität-GH-Duisburg. Eine empirische Analyse der erfolgreich absolvierten Diplomprüfungen im Zeitraum 1977 - 1990.
Holger Meinken.

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

- No. 2/1992 Narzißmus, soziale Einbindung und Suizid. Eine vergleichende Analyse des Suizidgeschehens in Kempten (Allgäu) und seines ländlichen Umfelds im Lichte soziologischer und psychologischer Theorie.
Heidi Hlawatschek.
- No. 3/1992 Die parlamentarische Willensbildung in portugiesischen Gemeinden.
Wolfgang Holler, Marcelino Passos
- No. 4/1992 Techniken der Attributdatenanalyse.
Uwe Engel
- No. 5/1992 Karrieremuster in der Kommunalpolitik. Eine empirische Untersuchung am Beispiel von Dinslaken und Duisburg.
Andreas Humpert
- No. 1/1993 Zur relativen Bedeutung eines Klassenkonzepts bei der Erklärung von Einkommens- und Bewußtseinsunterschieden in zehn entwickelten Industriegesellschaften.
Thomas Hagelstange, Brigitte Hamm, Dieter Holtmann
- No. 2/1993 Die Selbstzuschreibung extra-funktionaler Fähigkeiten im Ingenieurstudium. Eine geschlechtervergleichende empirische Untersuchung.
Dorothee Laß
- No. 3/1993 Prozesse der Entvertikalisierung in der japanischen Gesellschaft.
Brigitte Hamm
- No. 4/1993 Sozialstrukturelle Modernisierung: Stabilisierung oder Destruierung des Wohlfahrtsstaates?
Jürgen Krüger
- No. 5/1993 Organisation und Motivation (I).
Wolfgang Holler
- No. 6/1993 Solidarität in Bewegung. Die französischen Krankenschwestern verändern ihre Perspektiven.
Ingo Bode
- No. 7/1993 Japanese Corporations in Germany: Corporate Structure and Employee Relations (A Summary Report).
Harold R. Kerbo, Elke Wittenhagen, Keiko Nakao
- No. 1/1994 Organisation und Motivation (II).
Wolfgang Holler

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

- No. 2/1994 Kulturelle Nebensächlichkeiten und private Geselligkeit:
Zu institutionellen Formen einer beliebten Koalition Vorüberlegungen zu einem
theoretischen Orientierungsrahmen für die Deskription und Analyse privater
Öffentlichkeit.
Christoph Rülcker, Günter Winter, Mitarbeit: Gerd Bloch
- No. 3/1994 Kollektives Handeln und Ambiguität. Die Regulierung atypischer
Beschäftigungsverhältnisse in Frankreich und Deutschland.
Ingo Bode, Hanns-Georg Brose, Stephan Voswinkel
- No. 4/1994 Einführung in Windows 3.1; Einführung in Word für Windows 2.0.
Thomas Bruns, Günter Winter
Sonderheft 1, erhältlich im Sekretariat Soziologie zum Preise von DM 6,00
- No. 5/1994 Einführung in SPSS für Windows.
Peter Höllmer, Günter Winter
Sonderheft 2, 2. Auflage 1994
- No. 6/1994 Schnäppchenmärkte. Zu einer schattenwirtschaftlichen Besonderheit.
Christoph Rülcker; Günter Winter
- No. 1/1995 Zur Distinguierung des sinnlichen Geschmacks: Von der Lust zur Krise der
Gourmets.
Andrea Dederichs
- No. 2/1995 Studienfach als Differenzierungsmerkmal. Ein empirischer Beitrag zur Analyse
studentischer Lebenswelten.
Josef Köster
- No. 1/1996 Arbeitslosigkeit und Sucht: Eine qualitative Studie zu Suchtkarrieren von
Arbeitslosen. Forschungsgruppe Langzeitarbeitslosigkeit:
Thomas Schweer (inhaltlich verantwortlich), Hermann Strasser, Gabriele Klein,
Thomas Bongartz, Klaus Gröhnke
- No. 2/1996 Soziale Netzwerke bei Langzeitarbeitslosen.
Forschungsgruppe Langzeitarbeitslosigkeit: Klaus Gröhnke (inhaltlich
verantwortlich), Hermann Strasser, Thomas Bongartz, Gabriele Klein, Thomas
Schweer
- No. 3/1996 Lohnemanzipation in Europa: Synoptische Beurteilung der Gleichstellung
abhängig beschäftigter Männer und Frauen nach ihren Durchschnittsverdiensten
in der Europäischen Union.
Wolfgang Gerß

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

- No. 4/1996 Am Fordismus vorbei: Bauwirtschaft und Gastgewerbe in Deutschland und Frankreich.
Stefan Lücking, Stephan Voswinkel
- No. 5/1996 Generationensolidarität oder Altenmacht - Was trägt (künftig) den Generationenvertrag? Zur politischen Soziologie der staatlichen Alterssicherung.
Jürgen Krüger
- No. 1/1997 "Pumps, leider zu klein...": Eine empirische Studie über den privaten Gebrauchsgüterhandel via Offertenblatt.
Birgit Kunde, Christoph Rülcker, Ansgar Schulz-Kleyenstüber, Uwe Zander
- No. 2/1997 Leistungen und Leistungspotentiale älterer Menschen, Bilanz und Perspektiven des intergenerationalen Lastenausgleichs in Familie und sozialem Netz, Tagungsband.
Dieter Grunow, Sylvia Herkel, Hans J. Hummell (Hrsg.)
- No. 3/1997 Merkmalsraumbildung und Differenzierung von mehrstelligen Variablen.
Günter Winter
- No. 4/1997 Determinanten der Studiendauer: Differenzen zwischen Studierenden verschiedener Fachbereiche? Ein Zwei-Gruppen-Test.
Josef Köster, Uwe Matzat
- No. 5/1997 Die Arbeitsplatzsuchstrategien von Arbeitslosen.
Forschungsprojekt Langzeitarbeitslosigkeit.
Klaus Gröhnke, Hermann Strasser
- No. 1/1998 Arbeitszeitverkürzung, Entgelt und Beschäftigung.
Gerhard Bosch
- No. 2/1998 "Marxloh". Ansichten über einen Duisburger Stadtteil.
Thomas Rommelspacher, Christoph Rülcker, Ansgar Schulz-Kleyenstüber, Uwe Zander
- No. 1/1999 Marktphilosophien in der Beschäftigungskrise . Zu den Wirksamkeits- und Wirtschaftlichkeitsannahmen im Ersten und Zweiten Arbeitsmarkt.
Achim Trube
- No. 2/1999 Der große Zapfenstreich. Eine soziologische Analyse eines umstrittenen Rituals.
Ulrich Steuten

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

- No. 3/1999 Sozialwissenschaftliches Praktikum in der amtlichen Statistik. Fallbeispiel: Ergebnisse politischer Wahlen und Strukturmerkmale der nordrhein-westfälischen Gemeinden.
Wolfgang Gerß
- No. 4/1999 Arbeiten für gute Zwecke. Organisation und Beschäftigung im Dritten Sektor.
Ingo Bode, Achim Graf
- No. 5/1999 Bedingungen und Möglichkeiten kreativen und innovativen Handelns: Die wechselseitige Strukturierung von Subjekten und Organisationen. Ideenskizze und Bestandsaufnahme.
Ursula Holtgrewe
- No. 1/2000 Rationalisierung im Dienstleistungssektor – Strategien und Probleme: Ein Literaturbericht.
Bernd Bienzeisler
- No. 1/2002 Arbeitsmarkt und soziales Kapital: Eine komprimierte Darstellung theoretischer Grundlagen und empirischer Befunde.
Peter Runia
- No. 2/2002 Kurzstudie zu einer Todesfallstatistik über Kinder und Jugendliche in Münster/Westf.: Eine Erhebung zu Todesfällen für den Zeitraum 1991-1998.
Jürgen Guggenmos, Sigurd Matz
- No. 3/2002 Transformationspfade intermediärer Wohlfahrtsproduktion: Die Entwicklung der Caritas im deutsch-französischen Vergleich.
Ingo Bode
- No. 4/2002 Vom Payer zum Player – Oder: Krankenkassen im Wandel. Der Fall der AOK und ein vergleichender Exkurs nach Frankreich.
Ingo Bode
- No. 5/2002 Methoden und Konzepte wissensintensiver Dienstleistungsarbeit. Arbeitsberichte eines Hauptseminars.
Karen Shire, Bernd Bienzeisler
- No. 1/2003 Unsichere Beschäftigung – unsichere Integration? Auswirkungen destandardisierter Beschäftigung auf die Einbindung in Familie und soziale Netzwerke.
Martin Diewald, Michael Eberle
- No. 2/2003 Erwerbsbiographien von Männern und die sozialen Beziehungen zu Verwandten und Freunden.
Martin Diewald

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

- No. 3/2003 Die Verbreitung des Crackkonsums in Nordrhein-Westfalen aus der Sicht von Rauschgiftfahndern: Eine explorative Studie
Thomas Schweer
- No. 4/2003 Der Zwang zur Toleranz oder
Die gesellschaftliche Bedeutung der Political Correctness
Roelf Bleeker-Dohmen
- No. 5/2003 Die Regulierung der Zeitarbeit in Deutschland – Vom Sonderfall zur Normalbranche
Katrin Vitols
- No. 1/2004 Russlanddeutsche und die Polizei in Duisburg: Zum Vertrauen russlanddeutscher Spätaussiedler in die Polizei
Steffen Zdun
- No. 2/2004 Polizisten und Asylbewerber in Duisburg
Marion Lillig
- No. 3/2004 Nutzung von Daten der historischen Statistik in Lehrforschungsprojekten
Wolfgang Gerß